

Inhalt

	Seite
Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XV
Einführung	1
1. Kapitel	
Verteidigung im Ermittlungsverfahren	5
2. Kapitel	
Verteidigung des in Untersuchungshaft befindlichen Beschuldigten	55
3. Kapitel	
Strafbefehlsverfahren und beschleunigtes Verfahren	79
4. Kapitel	
Zwischenverfahren	97
5. Kapitel	
Vorbereitung der Hauptverhandlung	105
6. Kapitel	
Durchführung der Hauptverhandlung	143
7. Kapitel	
Rechtsmittel	201
8. Kapitel	
Besonderheiten der Verteidigung in Ordnungswidrigkeitenverfahren	221
9. Kapitel	
Verteidigung in speziellen Verfahren	259
10. Kapitel	
Verteidigung im Strafvollzug	341
	VII

Inhalt

	Seite
11. Kapitel	
Strafrechtliche Entschädigungsansprüche nach dem StrEG	351
12. Kapitel	
Gebühren in Straf- und Bußgeldsachen	359
13. Kapitel	
Wichtige Begriffe von A bis Z	415
Stichwortverzeichnis	423

A. Mandatsannahme

Übersicht	Rn.
I. Vollmachtserteilung, Mandatsübernahme, Mandatsniederlegung	11
1. Muster: Strafprozessvollmacht	13
2. Muster: Mandatswechsel (§ 15 Abs. 1 BORA)	16
II. Das erste Gespräch zwischen Verteidiger und Mandant	18
1. Erstgespräch nach polizeilicher Vorladung	21
2. Erstgespräch nach staatsanwaltschaftlicher Vorladung	24
3. Erstgespräch nach bereits zugestellter Anklageschrift	26
4. Erstgespräch nach zugestelltem Strafbefehl	28
5. Erstgespräch nach gerichtlichem Ladungsschreiben	30
6. Die Verteidigungsstrategie erst nach Akteneinsicht entwickeln	32
7. Die Aufklärung des Mandanten über seine prozessuale Rechte	35

Der Verteidiger ist grundsätzlich frei in der Annahme eines Wahlverteidigermandates. Zivilrechtlich handelt es sich um einen Geschäftsbesorgungsvertrag (höherer Art) gem. § 675 BGB, der, wie jedes bürgerlich-rechtliche zweiseitige Vertragsverhältnis Angebot und Annahme voraussetzt. Angesichts der höchst unterschiedlichen Bereiche der Strafverteidigung sollte jeder Verteidiger bereits bei Mandatsannahme abschätzen, ob Kenntnisse, Fähigkeiten, Büroorganisation, Zeitfaktor usw. ausreichen, um das Mandat optimal und effektiv führen zu können. So setzt beispielsweise die Verteidigung in einem Steuer- oder Wirtschaftsstrafverfahren neben speziellen steuerrechtlichen und/oder betriebswirtschaftlichen Kenntnissen angesichts des häufig komplexen Aktenumfangs auch ein enormes zeitliches Engagement des Verteidigers voraus. Der Verteidiger sollte deshalb folgende drei Punkte berücksichtigen:

1. Neben der **zivilrechtlichen Verantwortung** aus Geschäftsbesorgungsvertrag trifft ihn
2. die **berufsrechtliche Pflicht** zur gewissenhaften Berufsausübung gem. § 3 Abs. 1 BRAO, § 1 Abs. 3 BORA. Daraus resultiert nicht nur die Fortbildungspflicht als eine der Grundpflichten des Rechtsanwalts aus § 43a Abs. 6 BRAO. Die Mandatsübernahme verlangt darüber hinaus wenigstens die Kenntnis des Rechtsanwalts von der auf diesem Rechtsgebiet veröffentlichten höchstrichterlichen Rechtsprechung, vornehmlich von den in den Entscheidungssammlungen abgedruckten Urteilen und deren Berücksichtigung bei der Mandatsbearbeitung.¹⁰
3. Wird die **Erwartungshaltung des Mandanten** in die Kompetenz und das Engagement „seines“ Verteidigers enttäuscht, muss dieser nicht nur mit einer Mandatskündigung rechnen und um sein Honorar fürchten. Ihm drohen darüber hinaus – im Bereich der Strafverteidigung allerdings eher selten, aber mit zunehmender Bedeutung¹¹ – Schadensersatzforderungen des Mandanten.

¹⁰ BGH NJW 1983, 1695; 1989, 1155; *Feuerich/Braun* BRAO § 3 Rn. 9.

¹¹ Vgl. dazu OLG Nürnberg StV 1997, 481; OLG Düsseldorf StV 2000, 430; ausführlich: HbFA-StrafR/*Köllner* 1. Teil., Rn. 116 ff.

1. Kapitel Verteidigung im Ermittlungsverfahren

B. Zulässige eigene Ermittlungen des Verteidigers

Übersicht	Rn.
I. Außergerichtliche Zeugenbefragung	40
II. Beauftragung eines Sachverständigen durch den Verteidiger	45
III. Beauftragung eines Detektivs durch den Verteidiger	55

- 37 Unbestritten ist, dass der Verteidiger unter Beachtung der ihm gesetzten straf- und berufsrechtlichen Schranken eigene Ermittlungen durchführen darf; dazu kann er unter Umständen sogar verpflichtet sein, soweit der Mandant es ausdrücklich wünscht und z.B. Kontakt zu einem bislang von den Ermittlungsbehörden nicht gehörten Entlastungszeugen aufzunehmen ist. Vermeiden allerdings sollte der Verteidiger „blinden Ermittlungsaktivismus“.³¹ Größte Vorsicht und Zurückhaltung schon aus Gründen des Eigenschutzes ist deshalb für den Verteidiger bei der Durchführung eigener Ermittlungen angebracht.
- 38 Die Frage, ob und wenn ja, wie und in welchem Umfang der Verteidiger selbst ermittelt, lässt sich regelmäßig erst im Anschluss an die Erörterung mit dem Mandanten über den Sachverhalt sowie die Auswertung des Akteninhalts nach erfolgter Akteneinsicht (§ 147 StPO) zuverlässiger beantworten. Nur in Ausnahmefällen, etwa dann, wenn der Verteidiger zu einem Haftprüfungstermin einen Entlastungszeugen präsentieren will (§ 166 Abs. 1 StPO), dessen Aussage die Freilassung des Beschuldigten „begründen“ (§ 166 Abs. 1 letzte Alt. StPO) soll, kann eine umgehende Kontaktaufnahme mit diesem Zeugen erforderlich werden, um zunächst seine Validität als Beweismittel³² zu überprüfen.
- 39 Namentlich kommen als eigene Ermittlungshandlungen des Verteidigers in Betracht:³³
- Zeugenbefragung;
 - Tatortbesichtigung, einschließlich der Fertigung von Fotos;
 - Beauftragung eines Sachverständigen;
 - Beauftragung eines Detektivs;
 - soweit erforderlich und u.a. unter Datenschutzgesichtspunkten möglich, die Einholung behördlicher Auskünfte (Finanzamt, Arbeitsamt, Sozialamt), Bankauskünfte usw.
- I. **Außergerichtliche Zeugenbefragung**
- 40 Selbstverständlich ist kein Zeuge verpflichtet, gegenüber einem Verteidiger eine Aussage zu machen. Auf die Freiwilligkeit nicht nur einer Aussage, sondern auch eines etwaigen Erscheinens in der Kanzlei des Verteidigers sollte der Zeuge ausdrücklich hingewiesen werden.

31 *Dahs* Rn. 316.

32 *Dahs* Rn. 308.

33 Vgl. dazu ausführlich *HbFAStrafR/Bockemühl* 2. Teil, 1. Kap., Rn. 80 ff.

1. Kapitel Verteidigung im Ermittlungsverfahren

C. Akteneinsicht

Übersicht	Rn.
I. Zeitpunkt und Umfang	58
II. Durchführung der Akteneinsicht	64
III. Versagung der Akteneinsicht	67

- 57 Neben den unmittelbar durch den Mandanten erlangten Sachverhaltsinformationen ist die Kenntnis des Verteidigers über den Stand des Ermittlungsverfahrens die wichtigste Informationsquelle.

► **Vor der Akteneinsicht ist zu beachten**

Ohne die über § 147 StPO erlangte Akteneinsicht sollte der Verteidiger tunlichst nach außen gerichtete, insbesondere schriftlich dokumentierte und insoweit im weiteren Verfahren in der Regel uneingeschränkt verwertbare Aktivitäten vermeiden. Dazu gehören vorrangig für den Mandanten erfolgende Sacheinlassungen durch Verteidigerschriftsatz. Von eng begrenzten Ausnahmefällen abgesehen sind derartige, nicht selten einer ausgesprochenen Erwartungshaltung des Mandanten entspringenden „Schnellschüsse“ durchweg als anwaltliche „Kunstfehler“ zu bezeichnen. Was einmal als Verteidigervorbringen Bestandteil einer (Ermittlungs-)Akte wird, sich jedoch – nicht selten – angesichts des davon abweichenden Ermittlungsergebnisses als inhaltlich völlig unhaltbar erweist, schadet im Ergebnis dem Mandanten mehr, als dass es ihm nützt.⁵¹

I. Zeitpunkt und Umfang

- 58 Für den Zeitpunkt der Akteneinsicht gilt: Je früher desto besser. Auch der Mandant misst Effizienz und Durchsetzungsstärke „seines“ Verteidigers häufig daran, wie schnell es ihm gelingt, Akteneinsicht zu bekommen („der Verteidiger, der nicht möglichst schnell die Akte erhält, taugt nichts“).
- 59 Insbesondere bei umfangreichem Aktenmaterial kann es jedoch Wochen, manchmal Monate dauern, bis dem Akteneinsichtsgesuch des Verteidigers durch die Staatsanwaltschaft entsprochen wird. Selbst wiederholte drängende Nachfragen des Verteidigers werden mit nichtssagenden Zwischennachrichten („Akte ist versandt ...; Akteneinsicht wird sobald als möglich gewährt“ usw.) beantwortet. Bei telefonischer Nachfrage auf der Geschäftsstelle erfährt der Verteidiger dann nicht selten, dass sich die Akte gar nicht bei der Staatsanwaltschaft, sondern bei der Polizei zwecks Durchführung weiterer Ermittlungen (§§ 160, 161, 163 StPO) befindet, was beinahe zwangsläufig zur Folge hat, dass auch der zuständige Dezentern der Staatsanwaltschaft über den aktuellen Sachstand des Verfahrens zumindest nicht voll-

⁵¹ Dies gilt in der Regel selbst dann, wenn „Eile“ geboten ist; z.B. bei Stellungnahmen zu einem Antrag der Staatsanwaltschaft auf vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 111a StPO: Auch hier wird die Staatsanwaltschaft im Einvernehmen mit dem Ermittlungsrichter dem Verteidiger – ohne Akteneinsicht ist keine substantiierte Stellungnahme möglich – wenigstens für 1 Tag die Akte zur Einsichtnahme überlassen.

1. Kapitel Verteidigung im Ermittlungsverfahren

D. Möglichkeiten der Verfahrenseinstellung

Übersicht	Rn.
I. Einstellung mangels Tatverdacht nach § 170 Abs. 2 StPO	72
II. Einstellung wegen Geringfügigkeit nach § 153 StPO	74
III. Einstellung nach § 153a StPO	84

- 70 Im Vorverfahren und auch in späteren Verfahrensstadien muss der Verteidiger stets die Möglichkeiten einer Verfahrenseinstellung zu Gunsten seines Mandanten erkennen und wahrnehmen, soweit die gesetzlichen und rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Der Mandant selbst wird selten imstande sein, die Sach- und Rechtslage zutreffend zu beurteilen. So gibt es trotz erdrückender Beweislage den Beschuldigten, der immer wieder seine Unschuld beteuert und sich als Justizopfer sieht, ebenso wie denjenigen, der aufgrund übertrieben negativer Erwartungshaltung eine möglichst schnelle Verurteilung wünscht. Aufgabe des Verteidigers ist es in diesem Zusammenhang deshalb, den Sachverhalt ebenso realistisch wie die Erfolgsaussichten der Verteidigung möglichst zutreffend zu beurteilen; also das zu tun, was *Dahs* als „Denken in Verfahrensrisiken“⁶² bezeichnet. Nur diese Grundeinstellung gewährleistet, dass beispielsweise
- der Blick für das verständliche Interesse des Mandanten an einer Nichtverurteilung auch unter Kostengesichtspunkten offen bleibt,
 - der Verteidiger den richtigen Zeitpunkt für die Anregung oder die Stellung des Antrags auf Verfahrenseinstellung erkennt,
 - der insbesondere bei längerer Verfahrensdauer und ungewissem Erfolgsausgang wachsenden Unruhe und Ungeduld des Mandanten etwa durch Verfahrenseinstellung nach §§ 153, 153a StPO angemessen Rechnung getragen werden kann, falls die Verfahrenskonstellation diese Möglichkeit zulässt.
- 71 Praktisch bedeutsam für Verfahrenseinstellungen sind die Vorschriften der §§ 170 Abs. 2, 153, 153a StPO. Als günstig für den Mandanten kann sich darüber hinaus die Einstellung unwesentlicher Nebenstraftaten nach § 154 StPO sowie die Beschränkung der Strafverfolgung nach § 154a StPO erweisen. Die Anwendung beider Normen setzt jedoch im Ermittlungsverfahren eine autonome Entscheidung der Staatsanwaltschaft voraus, im Hauptverfahren zusätzlich einen Antrag der Staatsanwaltschaft (§ 154 Abs. 2 StPO) oder deren Zustimmung (§ 154a Abs. 2 StPO). Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Verteidigung sind dementsprechend beschränkt; ein eigenes Antragsrecht haben Beschuldigter oder Verteidiger nicht; ihre Zustimmung zu der Verfahrensweise nach §§ 154, 154a StPO ist ebenso wenig notwendig.

⁶² *Dahs* Rn. 322.

E. Täter-Opfer-Ausgleich nach § 46a StGB

E. Täter-Opfer-Ausgleich nach § 46a StGB

In Fällen der Gewaltanwendung gegenüber Personen, aber auch dann, wenn lediglich materielle Ausgleichsansprüche in Betracht kommen, § 46a Nr. 2 StGB, muss der Verteidiger die für seinen Mandanten sich bietende Chance erkennen, den durch seine Straftat entstandenen Konflikt außergerichtlich zu bereinigen. Der Täter-Opfer-Ausgleich als **vertypter** Strafmilderungsgrund eignet sich besonders für Vorsatztaten, wie z.B. Sachbeschädigung, Beleidigung, schwerer Diebstahl, Betrug sowie insbesondere auch für Körperverletzungsdelikte und Fälle der so genannten „häuslichen Gewalt“, d.h. Auseinandersetzungen zwischen Lebenspartnern. Voraussetzung für den Täter-Opfer-Ausgleich ist die Schädigung eines Menschen durch eine der vorstehend beispielhaft aufgeführten Straftaten einerseits und das Eingeständnis des Täters, diese Tat begangen zu haben, andererseits. Schließlich müssen beide, d.h. Opfer und Täter, bereit sein, am Täter-Opfer-Ausgleich mitzuwirken. 92

Ein erfolgreich verlaufender Täter-Opfer-Ausgleich kann bereits im Ermittlungsverfahren über §§ 153a, 153b Abs. 1 StPO i.V.m. § 46a StGB zu einer Verfahrenseinstellung führen. Andererseits muss der Verteidiger bedenken, dass Bestandteil eines Täter-Opfer-Ausgleichs i.d.R. das wenigstens geständnisgleiche Einräumen des Sachverhalts durch den Beschuldigten ist, so dass der Verteidiger bereits frühzeitig mit der Staatsanwaltschaft abzuklären hat, dass eine Verfahrenseinstellung auch tatsächlich erfolgt.⁹⁶ 93

Die die Tatfolgen wiedergutmachenden Gesichtspunkte sind aber auch in späteren Verfahrensstadien, insbesondere bei einem Schuldspruch in der Hauptverhandlung für die Strafzumessung⁹⁷ von Bedeutung. Die Strafmilderungsmöglichkeit des § 46a StGB kann selbst dann berücksichtigt werden, wenn der Angeklagte seine Ausgleichsbemühungen spät – sogar nach Rechtskraft des Schuldspruchs – entfaltet hat.⁹⁸ 94

Eine Strafmilderung kommt allerdings nur in Betracht, wenn der Täter das Opfer ganz oder zum ganz überwiegenden Teil entschädigt und dies erhebliche persönliche Leistungen oder Verzicht erfordert hat. Die Erfüllung von Schadensersatzansprüchen allein genügt nicht.⁹⁹ Ausreichend für eine Strafmilderung nach § 46a Nr.1 StGB kann aber auch sein, wenn der Beschuldigte eine Wiedergutmachung ernsthaft erstrebt, selbst wenn dies im Ergebnis nicht gelingt.¹⁰⁰ 95

96 HK-GS/Pfordte § 46a Rn. 1, 2.

97 BGH StV 1999, 89; NStZ 1998, 402; BayObLG StV 1995, 367; OLG Hamm StV 1999, 89.

98 BGH StV 2000, 129.

99 BGH NStZ 1995, 492 (493); KG Berlin StV 1997, 473; BGH StrafFo 2009, 245.

100 BGH NStZ-RR 2006, 373; Fischer § 46a Rn. 10d.

1. Kapitel Verteidigung im Ermittlungsverfahren

F. Verteidigung gegen Zwangsmaßnahmen

Übersicht	Rn.
I. Durchsuchung und Beschlagnahme	98
II. Beschluss über die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 111a StPO	114
III. Körperliche Maßnahmen nach §§ 81a, 81b StPO	119
1. Blutprobenentnahmen	120
2. Anordnung erkennungsdienstlicher Maßnahmen	127

- 96 Zwangsmaßnahmen führen regelmäßig zu Eingriffen in die Grundrechte eines beschuldigten Mandanten. Dies gilt jedenfalls dann, wenn die Maßnahmen zur Erlangung und Sicherung von Beweisen, zur Sicherstellung von Verfalls – und Einziehungsgegenständen, zur Ergreifung eines Beschuldigten oder – als Präventivmaßnahme – zur Sicherung der Allgemeinheit durch die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 111a StPO dienen.¹⁰¹
- 97 In seiner Praxis regelmäßig konfrontiert wird der Verteidiger mit Fragen und Problemen seines Mandanten bei Durchsuchungen und Beschlagnahmen, bei vorläufiger Entziehung der Fahrerlaubnis, bei körperlichen Untersuchungen nach §§ 81a, 81b StPO sowie bei DNA-Analysen gem. §§ 81e ff. StPO.¹⁰²

I. Durchsuchung und Beschlagnahme

- 98 Bei Durchsuchung und Beschlagnahme, insbesondere auf Anordnung von Staatsanwaltschaft oder Polizei bei Annahme von Gefahr im Verzug gemäß § 98 Abs. 1 S. 1 StPO, aber auch aufgrund eines richterlichen Beschlusses, ergeben sich für Verteidiger und Betroffenen zahlreiche Probleme:
- 99 Äußerst selten wird die Existenz eines Durchsuchungs- bzw. Beschlagnahmebeschlusses vor dessen Durchführung bekannt, weil – so die Standardbegründung der Ermittler – im Falle einer vorherigen Anhörung des Betroffenen nach § 33 StPO der Zweck der Anordnung gefährdet wäre, § 33 Abs. 4 S. 1 StPO. Der damit verbundene „Überraschungseffekt“ für einen Mandanten, plötzlich in den frühen Morgenstunden mit einem größeren Polizeiaufgebot zwecks Durchsuchung von Haus, Wohnung usw. konfrontiert zu werden, ist erheblich und überaus unangenehm. Verständigt er als Betroffener – auch bei anderen Personen als dem nach § 102 StPO Verdächtigen kann durchsucht werden (§§ 103, 105 Abs. 1 S. 2 StPO) – in dieser Situation sogleich einen Anwalt, sind dessen Einwirkungsmöglichkeiten auf den gesamten Ablauf des Verfahrens nach §§ 94–111p StPO vergleichsweise gering.

¹⁰¹ Meyer-Gofner vor § 94 Rn. 1.

¹⁰² Andere Zwangsmaßnahmen, wie beispielsweise der Datenabgleich nach §§ 98a ff. StPO, die Überwachung des Fernmeldeverkehrs nach §§ 100a ff. StPO, die akustische Wohnraumüberwachung nach § 100c StPO, der Einsatz eines verdeckten Ermittlers nach §§ 110a ff. StPO oder die polizeiliche Beobachtung nach § 163e StPO, sind – jedenfalls in Fällen kleiner und mittlerer Kriminalität – weniger praxisrelevant und werden deshalb hier nicht weiter erörtert.

B. Verteidigung gegen den dringenden Tatverdacht

B. Verteidigung gegen den dringenden Tatverdacht

Die Vorschriften der §§ 112 Abs. 1 S. 1, 114 Abs. 2 Nr. 4 StPO setzen die Annahme dringenden Tatverdachts voraus. Dringender Tatverdacht bedeutet, dass nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis in seiner Gesamtheit eine große Wahrscheinlichkeit dafür besteht, dass der Beschuldigte als Täter oder Teilnehmer eine Straftat begangen hat.¹⁶⁶ Der Tatverdacht muss sich auf eine prozessual verfolgbare, rechtswidrig und schuldhaft begangene Tat beziehen oder, wenn er strafbar ist, auf den Versuch einer solchen Tat.¹⁶⁷ 140

Mehrere Aufgaben und Probleme können sich für den Verteidiger in diesem Zusammenhang stellen, wie: 141

- **Die Frage, ob bestimmte Tatsachen (auch Hilfs- oder Indiztatsachen) vorliegen, die den dringenden Tatverdacht begründen**

Derartige Tatsachen sind: Objektiv festgestellte Tatsachen, die zur Überzeugung des (Haft-)Richters feststehen müssen; bloße Vermutungen und Befürchtungen reichen nicht aus.¹⁶⁸ Dringender Tatverdacht kann bspw. auch bei einer in der Praxis nicht selten vorkommenden Konstellation „Aussage gegen Aussage“ fehlen, wenn keine weitergehenden Erkenntnisse vorliegen, die die jeweiligen Angaben bestätigen oder erschüttern.¹⁶⁹

- **Die Notwendigkeit der Informationsbeschaffung über das Vorliegen „bestimmter Tatsachen“.**

Dazu gehören z.B.:

- **Möglichst umgehende Akteneinsicht gem. § 147 StPO**, die insbesondere durch den in Absatz 5 geregelten Rechtsbehelf – Anrufung des Richters bei Versagung der Akteneinsicht durch die Staatsanwaltschaft – erleichtert ist,¹⁷⁰ und die entscheidend auch der Vorbereitung auf einen evtl. Haftprüfungstermin dient,¹⁷¹
- **Der Mandant als „Erkenntnisquelle“**: Bestätigt er die im Ermittlungsverfahren gewonnenen Kenntnisse (= bestimmte Tatsachen) ganz oder teilweise? Was kann er bei Leugnen des Tatvorwurfs zu seiner Entlastung beitragen? Gibt es Alibizeugen, entlastende Schriftstücke?
- **Das Aufsuchen des Tatortes, die Befragung von Zeugen** einschließlich deren möglicher „Präsentation“ im Rahmen eines Haftprüfungstermins nach § 166 Abs. 1 StPO: „Wird der Beschuldigte von dem Richter vernommen und beantragt er bei dieser Vernehmung zu seiner

¹⁶⁶ BGH NJW 1992, 1975; NJW 1996, 1050; HbFAStrafR/Wankel 2. Teil, 6. Kap., Rn. 47 f.

¹⁶⁷ KK-StPO/Graf § 112 Rn. 4.

¹⁶⁸ OLG Hamm StV 2000, 153 (Konkretisierungserfordernis eines Haftbefehls); KK-StPO/Graf § 112 Rn. 7; Meyer-Göfner § 112 Rn. 7.

¹⁶⁹ OLG Koblenz StV 2002, 313.

¹⁷⁰ Vgl. dazu auch BVerfG StV 1994, 465 = NJW 1994, 573.

¹⁷¹ S. Rdn. 176 ff.

C. Verteidigung gegen Haftgründe

C. Verteidigung gegen Haftgründe

Übersicht	Rn.
I. Flucht, § 112 Abs.2 Nr.1 StPO	143
II. Fluchtgefahr, § 112 Abs.2 Nr.2 StPO	150
III. Verdunkelungsgefahr, § 112 Abs.2 Nr.3 StPO	156
IV. Tatschwere, § 112 Abs.3 StPO	161
V. Wiederholungsgefahr, § 112a StPO	164

Neben dem dringenden Tatverdacht muss der Anordnung der Untersuchungshaft wenigstens einer der in §§ 112, 112a StPO genannten Haftgründe zugrunde liegen. Ausdrücklich verlangt § 112 Abs.2 StPO hinsichtlich eines Haftgrundes das Vorliegen „**bestimmter Tatsachen**“, die „subjektive Vermutungen und Befürchtungen des Richters als Grundlage der Haftanordnung“ ausschließen.¹⁷⁴ Außer den unmittelbar tatbezogenen gelten als insoweit erhebliche Tatsachen auch beispielsweise die Neigung eines Beschuldigten, bestimmte Straftaten zu begehen, das Verhalten des Beschuldigten, sein Vorleben, seine persönlichen, familiären und wirtschaftlichen Verhältnisse.¹⁷⁵

I. Flucht, § 112 Abs.2 Nr.1 StPO¹⁷⁶

Der Haftgrund der Flucht besteht, wenn der Beschuldigte flüchtig ist oder sich verborgen hält. Beide Alternativen können zusammentreffen.¹⁷⁷ **143**

Flüchtig ist der Beschuldigte, der vor Tatbeginn, während oder nach der Tat seinen räumlichen Lebensmittelpunkt – regelmäßig also die Wohnung – aufgibt, um für Ermittlungsbehörden und Gerichte un erreichbar zu sein oder sich ihrem Zugriff zu entziehen.¹⁷⁸ Unerheblich ist, ob der Beschuldigte postalisch erreichbar ist.¹⁷⁹ **144**

Verborgen hält sich der Beschuldigte, wenn er seinen Aufenthaltsort vor den Behörden verschleiert, also unangemeldet unter falschem Namen oder an einem unbekanntem Ort lebt oder in anderer Weise bewirkt, dass er für die Ermittlungsbehörden schwer auffindbar ist, um sich dem Strafverfahren zu entziehen.¹⁸⁰ **145**

Der Haftgrund der Flucht setzt einen unmittelbaren inneren Zusammenhang zwischen der Absetzbewegung des Beschuldigten einerseits und der Straftat sowie der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen ihn andererseits¹⁸¹ **146**

¹⁷⁴ KK-StPO/Graf § 112 Rn.9; LR/Hilger § 112 Rn.22; Meyer-Gofßner § 112 Rn.22, 28 m.w.N.

¹⁷⁵ KK-StPO/Graf § 112 Rn.9; Pfeiffer § 112 Rn.4.

¹⁷⁶ Vgl. dazu mit zahlreichen Beispielen aus der Rechtsprechung HbFAStRAF/Wankel 2. Teil, 6. Kap., Rn.49.

¹⁷⁷ Meyer-Gofßner § 112 Rn.12.

¹⁷⁸ OLG Düsseldorf NJW 1986, 2204 (2205); Meyer-Gofßner § 112 Rn.13.

¹⁷⁹ Meyer-Gofßner § 112 Rn.13; Pfeiffer § 112 Rn.5.

¹⁸⁰ OLG Saarbrücken StV 2000, 208; KK-StPO/Graf § 112 Rn.12.

¹⁸¹ Schlothauer/Weider Rn.482 m.w.N.

D. Außervollzugsetzung des Haftbefehls nach § 116 StPO

D. Außervollzugsetzung des Haftbefehls nach § 116 StPO

Eine Außervollzugsetzung kommt grundsätzlich bei jeder Straftat sowie bei jeder Haftentscheidung in Betracht, also bei Haftbeschwerden, schriftlicher oder mündlicher Haftprüfung sowie Haftfortdauerentscheidungen durch das OLG gem. § 122 Abs. 5 StPO. Mit Ausnahme des Haftgrundes der Flucht nach § 112 Abs. 2 Nr. 1 StPO ist bei allen anderen Haftgründen, einschließlich der Hauptverhandlungshaft nach § 127b StPO, die Haftverschonung zulässig.²³⁵ Entfällt einer der beiden entscheidenden Rechtfertigungsgründe der U-Haft, nämlich

- die Gewährleistung der Durchführung eines geordneten Strafverfahrens oder
- die Sicherstellung der späteren Strafvollstreckung

kann ein (weiterer) Vollzug der Untersuchungshaft, deren Anordnung oder Aufrechterhaltung unverhältnismäßig und damit unzulässig sein.²³⁶

Die Außervollzugsetzung ist nach h.M. nur **unbefristet** statthaft,²³⁷ in Ausnahmefällen kann jedoch eine kurzzeitige Vollzugaussetzung mit entsprechenden Sicherheitsauflagen erfolgen.²³⁸ 169

Die Außervollzugsetzung bei **Fluchtgefahr** ist **zwingend** vorgeschrieben bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 116 Abs. 1 StPO.²³⁹ Der Katalog der in betracht kommenden Maßnahmen ist nicht abschließend in § 116 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 – 4 StPO geregelt, so dass bspw. auch die Abgabe des Personalausweises oder die Hinterlegung des Führerscheins auferlegt werden kann.²⁴⁰ Als gesetzlich ausdrücklich bestimmte „weniger einschneidende Maßnahmen“ ist die Meldepflicht (§ 116 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StPO) die in der Praxis bedeutendste. Mit zunehmender Verfahrensdauer wird sie von dem beschuldigten Mandanten jedoch als umso belastender empfunden, je häufiger er sich nach dem Inhalt des Verschonungsbeschlusses bei einer Behörde zu melden hat. Der Verteidiger sollte deshalb in geeigneten Fällen versuchen, unter Hinweis auf die Zuverlässigkeit seines Mandanten bei der bisherigen Aufлагenerfü-

235 KK-StPO/Graf § 116 Rn. 3; LR/Hilger § 116 Rn. 2, der auch bei Flucht als Haftgrund eine Außervollzugsetzung für zulässig hält.

236 BVerfGE 19, 342 (347 ff.); 36, 264 (269 f.); s. auch OLG Karlsruhe StV 2000, 210 (Außervollzugsetzung eines Haftbefehls wegen Zeitablauf nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit).

237 Meyer-Gofner § 116 Rn. 2; KK-StPO/Graf § 116 Rn. 6.

238 OLG Köln StV 1984, 342; AG Krefeld NStZ 2002, 559 m. Anm. Neuhaus; SK-StPO/Paeffgen § 116 Rn. 7.

239 OLG Karlsruhe StraFo 2000, 321: Außervollzugsetzung des Haftbefehls ist möglich, wenn sich der Angeklagte dem weiteren Verfahren stellt; OLG Frankfurt StV 2000, 372; Meyer-Gofner § 116 Rn. 4.

240 OLG Köln StraFo 1999, 607; LR/Hilger § 116 Rn. 25.

2. Kapitel Verteidigung des in Untersuchungshaft befindlichen Beschuldigten

E. Haftprüfung nach § 117 StPO

- 176 Ist der Haftbefehl erlassen und befindet sich der Beschuldigte in Untersuchungshaft, kann er oder für ihn gem. § 297 StPO sein Verteidiger **jederzeit** Haftprüfung nach § 117 Abs. 1 StPO mit dem Ziel der Aufhebung des Haftbefehls gem. § 120 StPO oder wenigstens einer Haftverschonung nach § 116 StPO stellen. Eine Ausnahme gilt allerdings insoweit, als während laufender Hauptverhandlung – deren Unterbrechung bis zu drei Wochen nach § 229 Abs. 1 StPO eingeschlossen²⁵² – oder bei Vorliegen eines auf Freiheitsentzug lautenden Urteils eine Haftprüfung ausgeschlossen ist, § 118 Abs. 4 StPO. Der Untersuchungshaft nach §§ 112 ff. StPO insoweit vergleichbar und in einem Haftprüfungstermin überprüfbar, sind gerichtliche Entscheidungen nach § 230 Abs. 2 StPO; wenn also ein Haftbefehl (§ 230 Abs. 2 2. Alt. StPO) – nicht Vorführungsbefehl (§ 230 Abs. 2 1. Alt. 1 StPO) – erlassen wird, weil das Ausbleiben des Angeklagten in einer Hauptverhandlung nicht genügend entschuldigt war. Haftprüfung kann auch bei einem im beschleunigten Verfahren nach §§ 417 ff. StPO erlassenen Hauptverhandlungshaftbefehl gem. § 127b StPO beantragt werden.
- 177 **Zuständig** bis zur Erhebung der Anklage ist derjenige Richter, der den Haftbefehl erlassen hat, § 126 Abs. 1 StPO. Dessen Zuständigkeit geht auf das erkennende Gericht über, nachdem Anklage erhoben ist (§ 126 Abs. 2 S. 1 StPO). Unabhängig von der sachlichen oder funktionalen Zuständigkeit tritt das Gericht bei jeder Haftprüfung in eine neue, selbständige Prüfung des dringenden Tatverdachts und der Haftgründe sowie des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes (§ 112 Abs. 1 S. 2 StPO) ein.²⁵³
- 178 **Ein Haftprüfungsantrag sollte**
- **schriftlich** gestellt werden und
 - den **Antrag auf Entscheidung nach mündlicher Verhandlung** gem. § 118 Abs. 1 StPO sowie
 - das **Ziel** der Haftprüfung (i.d.R. Aufhebung, „hilfsweise“ Außervollziehung) und schließlich
 - eine **Begründung** enthalten.
- 179 Der Antrag auf Haftprüfung, insbesondere der Zeitpunkt der Antragstellung, sollte sorgfältig überlegt und – einschließlich der Risiken – eindringlich mit dem Mandanten erörtert werden. Besondere Bedeutung kommt dabei der Vorschrift des **§ 118 Abs. 3 StPO** zu: Wird die Untersuchungshaft nach mündlicher Haftprüfung aufrechterhalten, besteht der Anspruch auf erneute mündliche Verhandlung nur, wenn die Untersuchungshaft mindestens drei

252 Pfeiffer § 118 Rn. 4; Meyer-Göfner § 118 Rn. 3: anders jedoch bei einer Unterbrechung bis zu einem Monat nach § 229 Abs. 2 StPO.

253 Thür OLG StV 2007, 588.

F. Haftbeschwerde nach § 117 Abs. 2 StPO

F. Haftbeschwerde nach § 117 Abs. 2 StPO

Alternativ zum Antrag auf Haftprüfung kann, solange der Beschuldigte in Untersuchungshaft ist, eine Haftbeschwerde eingelegt werden. **182**

Zulässig ist die Haftbeschwerde gegen

- den Haftbefehl, auch wenn er nicht vollstreckt²⁵⁹ oder wegen einer Haftverschonung nach § 116 StPO nicht vollzogen wird,
- eine Änderung des Inhalts eines Haftbefehls, soweit der Beschuldigte dadurch beschwert wird,
- jede die Haftfortdauer anordnende Entscheidung; also auch gegen einen richterlichen Beschluss, mit dem der im Haftprüfungsverfahren gestellte Antrag auf Haftaufhebung abgelehnt wurde.

Wird mit der Haftbeschwerde die Aufhebung des Haftbefehls nach § 120 StPO oder dessen Außervollzugsetzung nach § 116 StPO erstrebt, gilt der **183**

▶ **Vorrang** des Antrags auf Haftprüfung.

Eine daneben eingelegte Haftbeschwerde wäre unzulässig, § 117 Abs. 2 S. 1 StPO. Dies gilt auch für die weitere Beschwerde nach § 310 StPO.²⁶⁰ **184**

Die Haftbeschwerde ist nicht fristgebunden, § 304 StPO.

Auch im Beschwerdeverfahren kann von Amts wegen oder auf Antrag des Beschuldigten nach mündlicher Verhandlung entschieden werden, § 118 Abs. 2 StPO. **185**

Bei der Frage, ob **Haftprüfung oder Haftbeschwerde**²⁶¹ eingelegt werden soll, ist zu beachten: **186**

Im Allgemeinen ist die Haftprüfung der Haftbeschwerde vorzuziehen, schon angesichts der negativen Erfahrungen mit Haftbeschwerden in der Praxis.²⁶²

Anbieten kann sich allerdings die Einlegung einer Haftbeschwerde, wenn Rechtsfragen, die nach Auffassung des Verteidigers durch den Erstrichter falsch beurteilt wurden, im Vordergrund stehen; sei es bezüglich des dringenden Tatverdachts, sei es im Hinblick auf das Vorliegen eines Haftgrundes oder die Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.²⁶³ **187**

Ansonsten birgt die Haftbeschwerde mehrere Risiken, wie beispielsweise: **188**

- Das mit dem in einem frühen Verfahrensstadium häufig verbundene Informationsdefizit des Verteidigers über den Verfahrensstand und den gesamten Akteninhalt steht der i.d.R. notwendigen und umfassenden Begründung einer Haftbeschwerde entgegen;

259 OLG Hamm NStZ-RR 2001, 254.

260 KK-StPO/Graf § 117 Rn. 6; Meyer-Göfner § 117 Rn. 14.

261 Übersicht über den Ablauf einer Haftbeschwerde s. HbFAStrafR/Wankel 2. Teil, 6. Kap., Rn. 66.

262 Dahs Rn. 353; Schlothauer/Weider Rn. 770: Die Erfolgsquote wenigstens für eine Außervollzugsetzung des Haftbefehls ist bei der ersten Haftprüfung deutlich höher als bei einer Haftbeschwerde.

263 HbFAStrafR/Wankel 2. Teil, 6. Kap., Rn. 67.

A. Allgemeines

Übersicht	Rn.
I. Begrenzter Anwendungsbereich (§ 407 Abs. 2 StPO)	193
II. Risiken eines Strafbefehlsverfahrens für den Mandanten	195

Liegt hinreichender Tatverdacht vor und erscheint bei Anklageerhebung die Verurteilung des Mandanten in öffentlicher Hauptverhandlung wahrscheinlich, bietet alternativ dazu der Strafbefehlserlass im Verfahren vor dem Strafrichter oder dem Schöffengericht die Möglichkeit einer kostensparenden Erledigung ohne Zeitverlust und ohne Aufsicht.²⁷³ **192**

I. Begrenzter Anwendungsbereich (§ 407 Abs. 2 StPO)

§ 407 Abs. 2 StPO begrenzt den Anwendungsbereich des Strafbefehlsverfahrens auf **Vergehen**, wenn dabei allein oder nebeneinander erkannt wird auf: **193**

- Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen, Verwarnung mit Strafvorbehalt, Fahrverbot (§ 407 Abs. 2 Nr. 1 StPO),
- Entziehung der Fahrerlaubnis mit einer Sperrfrist bis zu zwei Jahren (§ 407 Abs. 2 Nr. 2 StPO),
- Absehen von Strafe (§ 60 StGB i.V.m. § 407 Abs. 2 Nr. 3 StPO),
- Freiheitsstrafe mit Bewährung bis zu einem Jahr (§ 407 Abs. 2 S. 2 StPO).

In Ausnahmefällen kann es aus der Verteidigungsposition sinnvoll sein, einem Verfahren nach **§ 408a StPO** – Strafbefehlserlass nach Eröffnung der bzw. während laufender Hauptverhandlung – zuzustimmen, sollten die Voraussetzungen dafür (Ausbleiben oder Abwesenheit des Angeklagten oder ein anderer wichtiger Grund) vorliegen. In länger dauernden Verfahren, in denen mit einem sicheren Schuldspruch des Mandanten zu rechnen ist, kann ein Strafbefehl mit moderaten, ggf. von dem Verteidiger mit Staatsanwalt und Gericht auszuhandelnden Sanktionen zu einer schnelleren und kostengünstigeren Erledigung beitragen.²⁷⁴ **194**

II. Risiken eines Strafbefehlsverfahrens für den Mandanten

Beraten sollte der Verteidiger seinen Mandanten dahingehend, dass das Strafbefehlsverfahren ein summarisches Verfahren ist, das heißt: **195**

- **Keine Kontrolle der Zuverlässigkeit von Beweismitteln**

Beweismittel werden nicht auf ihre Zuverlässigkeit, insbesondere Zeugen nicht auf ihre Glaubwürdigkeit, ihre Aussagen nicht auf Glaubhaftigkeit überprüft. Die Gefahr einer „falschen“ Entscheidung ist dementsprechend im Vergleich zum ordentlichen Verfahren größer;

²⁷³ Vgl. dazu BVerfG NJW 1969, 1103 (1104).

²⁷⁴ Zumal die Möglichkeit des Einspruchs nach § 410 StPO auch dann erhalten bleibt, sollte bspw. der Mandant mit der Lösung nicht einverstanden sein.

B. Einspruch gegen den Strafbefehl

B. Einspruch gegen den Strafbefehl

Übersicht	Rn.
II. Beschränkung auf bestimmte Beschwerdepunkte (Teilrücknahme)	196
I. Form und Frist des Einspruchs	197
1. Formerfordernis (§ 410 Abs. 1 S. 1 StPO)	197
2. Zweiwöchige Einspruchsfrist (§ 410 Abs. 1 S. 1 StPO)	199
3. Wiedereinsetzungsantrag bei Fristversäumnis	200
4. Begründungsloser Einspruch	202
II. Beschränkung auf bestimmte Beschwerdepunkte (Teilrücknahme)	203

II. Beschränkung auf bestimmte Beschwerdepunkte (Teilrücknahme) 203

Der Einspruch ist ein **Rechtsbehelf**, kein Rechtsmittel.²⁷⁹ Ist er rechtzeitig und zulässig eingelegt, wird Termin zur Hauptverhandlung vor dem Straf- richter oder dem Schöffengericht anberaumt, § 411 Abs. 1 S. 2 StPO. Anderen- falls erfolgt eine Verwerfung des Einspruchs ohne Hauptverhandlung durch schriftlichen Gerichtsbeschluss. **196**

I. Form und Frist des Einspruchs**1. Formerfordernis (§ 410 Abs. 1 S. 1 StPO)**

Die Form des Einspruchs ist in § 410 Abs. 1 S. 1 StPO geregelt: Schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle. Fernschriftliche Einlegung ist ebenso zuläs- sig wie durch Telefax. Im Unterschied zum Einspruch gegen einen Bußgeld- bescheid im Ordnungswidrigkeitenverfahren,²⁸⁰ reicht ein fernmündlich ein- gelegter Einspruch gegen einen Strafbefehl nicht aus.²⁸¹ Selbst das Fehlen einer Unterschrift unter den Einspruchsschriftsatz macht den Einspruch nicht notwendig unwirksam, wenn die Person des Einlegenden und der Wille zu Einsprucheinlegung aus dem Schriftstück hervorgehen.²⁸² **197**

²⁷⁹ KK-StPO/Fischer § 410 Rn. 1.

²⁸⁰ BGHSt 29, 173 = NJW 1980, 1920.

²⁸¹ Meyer-Göfner § 410 Rn. 1.

²⁸² LR/Gössel § 410 Rn. 9; OLG Düsseldorf NJW 1962, 551; selbst ein Computerfax ohne Unter- schrift kann zur Fristwahrung ausreichend sein, BVerfG NJW 2002, 3534.

C. Umfang der Beweisaufnahme

Übersicht	Rn.
I. Vereinfachung des Beweisaufnahmeverfahrens (§ 411 Abs. 2 S. 2 i.V.m. § 420 StPO)	205
II. Einschränkung des Beweisantragsrechts (§ 420 Abs. 4 StPO)	206
III. Vertretung des Angeklagten durch den Verteidiger im Hauptverhandlungstermin	208
IV. Rücknahme eines Einspruchs	213
1. Die nur vorsorgliche Einlegung eines Einspruchs zur Rechtswahrung	213
2. Rücknahme vor der Hauptverhandlung	215
3. Rücknahme nach Beginn der Hauptverhandlung	216

I. Vereinfachung des Beweisaufnahmeverfahrens (§ 411 Abs. 2 S. 2 i.V.m. § 420 StPO)

Für den Umfang der Beweisaufnahme wie für die Hauptverhandlung insgesamt gelten grundsätzlich die allgemeinen Vorschriften. Jedoch ermöglicht § 411 Abs. 2 S. 2 StPO i.V.m. § 420 StPO eine Vereinfachung des Beweisaufnahmeverfahrens, die mit Ausnahme des § 420 Abs. 4 StPO auch im Berufungszug Anwendung finden kann. Mit Zustimmung des Angeklagten, des Verteidigers und der Staatsanwaltschaft können abweichend vom Unmittelbarkeitsgrundsatz des § 250 StPO Vernehmungsniederschriften und sonstige schriftliche Erklärungen von Zeugen, Sachverständigen, Mitbeschuldigten, Behörden usw. nach § 420 Abs. 1 und 2 StPO verlesen werden. Die Zustimmungserklärung sollte die Ausnahme sein, beschränkt auf Fälle, in denen, etwa durch Vernehmung eines Belastungszeugen in der Hauptverhandlung, ohnehin keine für den Mandanten günstigen Beweisergebnisse zu erwarten sind. 205

II. Einschränkung des Beweisantragsrechts (§ 420 Abs. 4 StPO)

Darüber hinaus führt die Anwendung des § 420 Abs. 4 StPO im Verfahren vor dem **Strafrichter** – nicht vor dem Schöffengericht – zu einer deutlichen Einschränkung des Beweisantragsrechts für Angeklagten und Verteidiger: Der Strafrichter ist bei der Entscheidung über einen Beweisantrag des Verteidigers/Angeklagten nicht an den Ablehnungskatalog des § 244 Abs. 3 bis 5 StPO gebunden; er kann vielmehr – in Anlehnung an § 77 Abs. 2 Nr. 1 OWiG – ohne weitergehende Ausführungen den Beweisantrag mit der Begründung ablehnen, die Beweiserhebung sei zur Erforschung der Wahrheit nicht erforderlich.²⁹⁷ 206

► Bei Beweisanträgen ist zu beachten

Hält man als Verteidiger eine Beweiserhebung für erforderlich, ist aber andererseits zu befürchten, dass ein darauf gerichteter Beweisantrag unter Anwendung von § 420 Abs. 4 StPO mit gegenteiliger Begründung abgelehnt wird, muss man als Verteidiger

²⁹⁷ *Meyer-Göfner* § 420 Rn. 10; s. dazu auch ausführlich *HbFAStrafR/Haizmann* 2. Teil, 7. Kap., Rn. 74 ff.

D. Rechtsmittel des Angeklagten

D. Rechtsmittel des Angeklagten

Übersicht	Rn.
I. Sofortige Beschwerde	218
II. Berufung und Sprungrevision	220
1. Sachurteil	221
2. Verwerfungsurteil (§ 412 StPO)	222
 Soweit keine Zurücknahme des Einspruchs erfolgt, muss das Gericht entscheiden. Als Rechtsbehelfe/Rechtsmittel dagegen kommen die sofortige Beschwerde sowie Berufung oder Sprungrevision in Betracht.	217
 I. Sofortige Beschwerde	
War der Einspruch verspätet oder sonst unzulässig (z.B. weil von einem Unbefugten eingelegt), § 411 Abs. 1 S. 1 StPO, ergeht ein Gerichtsbeschluss außerhalb der Hauptverhandlung. Dagegen ist die Einlegung einer	218
• sofortigen Beschwerde nach § 311 StPO möglich, die	
• binnen einer Woche nach Zustellung bei dem den Beschluss erlassenden Amtsgericht („Judex a quo“) einzulegen ist.	
▶ Muster: Sofortige Beschwerde wegen Verwerfung des Einspruchs als verspätet	219
An das	
Amtsgericht ...	
In dem Verfahren gegen ...	
lege ich als Verteidiger des Angeklagten gegen den Beschluss vom ..., durch den der Einspruch gegen den Strafbefehl vom 08.02. als unzulässig verworfen wurde,	
sofortige Beschwerde (§ 311 StPO)	
ein.	
<i>Gründe:</i>	
Der Strafbefehl vom 08.02. wurde dem Angeklagten persönlich am 13.02., einem Sonnabend, zugestellt. Die Einlegung des Einspruchs durch den Unterzeichneten als bevollmächtigtem Verteidiger erfolgte am Montag, den 29.02., per Telefax. Damit war die 2-Wochen-Frist des § 410 Abs. 1 S. 1 StPO gewahrt, da der 27.02. (Sonnabend) und der 28.02. (Sonntag) nicht in die Fristberechnung einzuziehen sind, § 43 Abs. 2 StPO. Der Einspruch ist deshalb rechtzeitig eingelegt.	
Rechtsanwalt	
 II. Berufung und Sprungrevision	
Zu unterscheiden sind Sachurteil und Verwerfungsurteil.	220
 1. Sachurteil	
Gegen ein den Mandanten beschwerendes Sachurteil besteht nach rechzeitigem und zulässigem Einspruch in der Hauptverhandlung die Möglichkeit, Berufung (§§ 313 ff. StPO) oder Sprungrevision (§ 335 StPO) entsprechend den Vorschriften für ein Urteil, das im ordentlichen Verfahren ergangen ist, einzulegen.	221

E. Beschleunigtes Verfahren

Übersicht	Rn.
I. Verfahrensbesonderheiten	224
II. Besonderheiten der Verteidigung im beschleunigten Verfahren	225
III. Ablehnung des Antrags der Staatsanwaltschaft auf Durchführung eines beschleunigten Verfahrens als wichtiges Verteidigungsziel	226
IV. Durchführung der Hauptverhandlung	228
V. Rechtsmittel	229

I. Verfahrensbesonderheiten

Das beschleunigte Verfahren als „kurzer Prozess“ ist unabhängig von der leider häufig fehlenden Präsenz eines Verteidigers durch mehrere Besonderheiten gegenüber dem Normalverfahren gekennzeichnet: 224

- **Mündliche Anklageerhebung**

Die Anklage kann nur mündlich erhoben werden, § 418 Abs. 3 StPO;

- **Ladung des Beschuldigten ist nicht die Regel**

Geladen wird der Beschuldigte nur dann, wenn er sich nicht freiwillig zur Hauptverhandlung stellt oder nicht dem Gericht vorgeführt wird, § 418 Abs. 2 S. 1 StPO. Die Vorführung erfolgt im Übrigen häufig aus der speziell für das beschleunigte Verfahren geschaffenen Hauptverhandlungshaft, § 127b StPO;

- **Ladungsfrist von 24 Stunden**

Im Falle einer Ladung des Beschuldigten wird die Ladungsfrist auf 24 Stunden verkürzt, § 418 Abs. 2 S. 3 StPO;

- **Kein Eröffnungsbeschluss**

Ein Eröffnungsbeschluss wird nicht erlassen, § 418 Abs. 1 StPO;

- **Eingeschränktes Beweisantragsrecht**

Das Beweisantragsrecht im Verfahren vor dem Strafrichter wird im Hinblick auf § 420 Abs. 4 StPO deutlich eingeschränkt bei gleichzeitig erweiterten Verlesungsmöglichkeiten für das Gericht, § 420 Abs. 1.2 StPO.

II. Besonderheiten der Verteidigung im beschleunigten Verfahren

Auch die Verteidigertätigkeit im beschleunigten Verfahren, die verkürzte Ladungsfrist eingeschlossen, unterliegt Einschränkungen. Innerhalb kürzester Zeit die allerdings selten umfangreiche Akte durcharbeiten und mit dem Mandanten sinnvoll die Hauptverhandlungsstrategie abzustimmen, lässt sich wirklich nur bei „klarer Beweislage“ (§ 417 StPO) – im Kern also mit einem Geständnis des Mandanten – einrichten. Eine „Konfliktverteidigung“ birgt, vor allem bei inhaftierten Mandanten, nicht unerhebliche Risiken 225

4. Kapitel

Zwischenverfahren

A. Der Beginn des Zwischenverfahrens (§§ 199 ff. StPO)	99
B. Die Zustellung der Anklageschrift	99
C. Antrag auf Beweiserhebung und „Schutzschrift“	99
D. Checkliste für das Eröffnungsverfahren	101
E. Muster: Nachricht an den Mandanten nach Zustellung der Anklage	103
F. Muster: Einwendungen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens	103

5. Kapitel

Vorbereitung der Hauptverhandlung

A. Allgemeines	107
B. Soll der Mandant reden oder schweigen?	109
C. Selbstladungsrechte des Verteidigers	117
D. Pflichtverteidigung	119
E. Vorbereitung von Rügen und Anträgen	127
F. (Vor-)gerichtliche Absprachen	131
G. Konfliktlagen zwischen Verfahrensbeteiligten	134

A. Beginn der Hauptverhandlung

Übersicht	Rn.
I. Den Mandanten mit dem Verfahrensablauf vertraut machen	348
II. Antworten auf Fragen von Angeklagten zu ihrer Anwesenheitspflicht	350
III. Regeln bei Verhinderung oder Verspätung des Verteidigers	355
IV. Vernehmung des Angeklagten zur Person	357
V. Vernehmung des Angeklagten zur Sache	359
VI. Erklärungen durch den Verteidiger	364

I. Den Mandanten mit dem Verfahrensablauf vertraut machen

Beginn und Gang der Hauptverhandlung regelt § 243 StPO. Mit dem regelmäßigen Verfahrensablauf sollte der Verteidiger seinen Mandanten vor der Hauptverhandlung bekannt machen; der gesetzlichen Reihenfolge entsprechend, also: 348

- Aufruf zur Sache
- Feststellung der Anwesenheit (§ 243 Abs. 1 S. 2 StPO) von Angeklagtem, Verteidiger, Zeugen und Sachverständigen sowie der herbeigeschafften sachlichen Beweismittel (§ 214 Abs. 4 StPO)
- Entfernen der Zeugen aus dem Sitzungssaal (§ 243 Abs. 2 S. 1 StPO)
- Vernehmung des Angeklagten zur Person (§ 243 Abs. 2 S. 2 StPO)
- Verlesen des Anklagesatzes (§ 243 Abs. 3 S. 1 StPO), ggf. mit Ergänzungen/Änderungen (§ 243 Abs. 3 S. 2 bis 4 StPO)
- Hinweis an den Angeklagten auf seine Aussagefreiheit zur Sache (§ 243 Abs. 4 StPO)

Abweichungen von diesem gesetzlichen Aufbauschema sind zulässig 349

- aus Zweckmäßigkeitsgründen (z.B. bei einer Vielzahl von Einzeltaten)
- und bei zumindest schlüssigem Einverständnis der Prozessbeteiligten.⁵²⁹

Soweit Abweichungen von § 243 StPO als wesentlich zu beurteilen sind, müssen sie dementsprechend im Sitzungsprotokoll (§ 273 StPO) beurkundet werden.⁵³⁰

II. Antworten auf Fragen von Angeklagten zu ihrer Anwesenheitspflicht

Im Beratungsgespräch vor der Hauptverhandlung stellen Mandanten manchmal die Frage, was passiert, wenn sie zur Hauptverhandlung nicht erscheinen; also ob und unter welchen Voraussetzungen in ihrer Abwesenheit verhandelt werden kann. Anlass hierfür ist weniger ein tatsächliches Informationsbedürfnis als vielmehr der Wunsch, den Unannehmlichkeiten einer (öffentlichen) Hauptverhandlung entgehen zu wollen. Lösungsmöglichkeiten in diesem Sinne sind aber als eher begrenzt zu beurteilen. 350

⁵²⁹ Meyer-Gofner § 243 Rn. 1; KK-StPO/Schneider § 243 Rn. 5, der allerdings das Einholen einer ausdrücklichen Zustimmung von Angeklagtem und Verteidiger durch den Vorsitzenden empfiehlt.

⁵³⁰ Meyer-Gofner § 243 Rn. 3.

B. Beweisaufnahme

Übersicht	Rn.
I. Berücksichtigung unterschiedlicher Ausgangssituationen	368
1. Das umfassende Geständnis des Angeklagten	369
2. Das Bestreiten des Anklagevorwurfs	370
II. Mögliche Feststellungen des Gerichts im Freibeweisverfahren	371
III. Ladung von Zeugen	372
IV. Der Beweisantrag	376
1. Inhalt Beweisantrags	386
2. Beweismittel i.S.v. § 244 Abs. 3 StPO	394
a) Zeugen	395
b) Urkunden	397
c) Sachverständiger	399
d) Augenschein	402
3. Form des Beweisantrags	406
4. Zeitpunkt der Antragsstellung	409
5. Ablehnung eines Beweisantrags durch das Gericht	413
V. Hilfsbeweisantrag, bedingter Beweisantrag	424
VI. Beweisermittlungsantrag	434
VII. Beweisanregung	437

I. Berücksichtigung unterschiedlicher Ausgangssituationen

Nach der Vernehmung des Angeklagten zur Sache beginnt die Beweisaufnahme, § 244 Abs. 1 StPO; das „Kernstück“⁵⁶² der Hauptverhandlung und im Regelfall Hauptbetätigungsfeld des Verteidigers. Zwei grundlegend unterschiedliche Ausgangssituationen sind dabei zu berücksichtigen: 368

1. Das umfassende Geständnis des Angeklagten

Hat der Mandant am Beginn der Hauptverhandlung in seiner Sachäußerung nach § 243 Abs. 4 S. 2 StPO bereits ein umfassendes und glaubhaftes Geständnis abgelegt, erübrigen sich im Allgemeinen weitere Feststellungen zur Schuldfrage.⁵⁶³ Die Beweisaufnahme konzentriert sich auf Rechtsfolgentatsachen. Für sie gelten – ebenso wie für die Schuldfeststellung – die Grundsätze des Strengbeweisverfahrens nach den §§ 244 bis 256 StPO.⁵⁶⁴ Der Verteidiger kann und sollte deshalb auch bei einem geständigen Mandanten rechtsfolgenrelevante Tatsachen mit den im Strengbeweisverfahren zulässigen Beweismitteln (Zeugen, Urkunden, Sachverständige, Augenschein) ggf. unter Beweis stellen. 369

⁵⁶² Malek Hauptverhandlung, Rn. 251

⁵⁶³ Von etwaigen Problemen im Zusammenhang mit der Schuldfähigkeitsbeurteilung nach §§ 20, 21 StGB abgesehen.

⁵⁶⁴ Meyer-Gofner § 244 Rn. 6.

C. Zeugenvernehmung

Übersicht	Rn.
I. Ablauf der Zeugenvernehmung	439
1. Zeugenbericht	440
2. Zeugenverhör	441
a) Der „Vorhalt“	442
b) Befragung des Zeugen durch den Verteidiger	444
II. Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Zeugen	455
1. Aussagetüchtigkeit	456
2. Aussageehrlichkeit	457
3. Aussagerichtigkeit	458

In der Hauptverhandlung steht die Zeugenvernehmung im Mittelpunkt der Beweiserhebung.⁶⁷⁸ Der Zeuge ist ein persönliches Beweismittel, das in einem nicht gegen ihn selbst gerichteten Strafverfahren Auskunft über eigene Wahrnehmung von Tatsachen gibt,⁶⁷⁹ einschließlich sog. eigenpsychischer Vorgänge, also innerer Tatsachen, die sich im Bewusstsein des Zeugen selbst abspielen.⁶⁸⁰ Nicht dazu gehören allerdings eigene Werturteile, Meinungen, Schlussfolgerungen, Erfahrungssätze, allgemeine Eindrücke, Rechtsfragen usw. 438

I. Ablauf der Zeugenvernehmung

Vernehmungstechnisch geradezu vorbildlich beschreibt das Gesetz in § 69 Abs. 1 und 2 StPO den Ablauf einer Zeugenvernehmung⁶⁸¹ durch die Unterteilung in Bericht und Verhör: „Der Zeuge ist zu veranlassen, das, was ihm von dem Gegenstand seiner Vernehmung bekannt ist, im Zusammenhang anzugeben“ (§ 69 Abs. 1 S. 1 StPO) ... „Zur Aufklärung und zur Vervollständigung der Aussage ... sind nötigenfalls weitere Fragen zu stellen“ (§ 69 Abs. 2 StPO). 439

1. Zeugenbericht

Der Zeuge soll unbeeinflusst und im Zusammenhang schildern, was er über den Gegenstand der Vernehmung in Erinnerung hat.⁶⁸² Unterbrechungen von Seiten des Richters durch Zwischenfragen, „Anstoßfragen“, Hinweise oder Vorhalte sind nicht verboten, wenn dies zu einer klaren, vollständigen und wahrheitsgemäßen Aussage angezeigt erscheint.⁶⁸³ 440

678 Dahn Rn. 560.

679 BGHSt 22, 348.

680 Beispielsweise OLG Zweibrücken StV 1990, 440.

681 § 69 StPO gilt für alle richterlichen Vernehmungen von Zeugen; die Vorschrift findet entsprechend Anwendungen auf Vernehmungen durch die Staatsanwaltschaft, § 161a Abs. 1 S. 2 StPO. Unmittelbar auf polizeiliche Vernehmungen ist sie nicht anwendbar; ihre Grundregeln sollten jedoch auch dann beachtet werden (*Meyer-Gofner* § 69 Rn. 1).

682 BGHSt 3, 281 = NJW 1953, 115.

683 KK-StPO/*Senge* § 69 Rn. 4.

6. Kapitel Durchführung der Hauptverhandlung

D. Verteidiger und Sachverständiger in der Hauptverhandlung

459 Der Sachverständige ist nach allgemeiner Auffassung „Gehilfe des Gerichts“ und soll „dessen fehlende Sachkunde auf einzelnen besonderen Gebieten des Wissens und der menschlichen Tätigkeit ergänzen. Ob es eines solchen Gehilfen bedarf, hat das Gericht selbst nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden“.⁷¹⁸

- **Beachte:** Reicht die eigene Sachkunde des Gerichts zu einer beweisheblichen Frage (beispielsweise auf medizinischem, technischem, psychologischem oder psychiatrischem Gebiet) nicht aus, muss ein Sachverständiger hinzugezogen werden, da die Überschätzung der eigenen Sachkunde durch das Gericht die Revision begründen kann.⁷¹⁹

Die Auswahl und Bestellung des hinzuzuziehenden Sachverständigen und die Bestimmung ihrer Anzahl obliegt dem Richter, § 73 Abs. 1 S. 1 StPO. Die Mitwirkungsmöglichkeiten des Verteidigers sind insoweit äußerst beschränkt, was sich um so nachteiliger auswirken kann, wenn bereits im Ermittlungsverfahren die Staatsanwaltschaft einen Gutachter nach § 161a Abs. 1 StPO beauftragt hatte,⁷²⁰ der zu einem für den Mandanten negativen Ergebnis mit der Folge einer Anklageerhebung gekommen war. Weder das im Zwischenverfahren für die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständige Gericht (§§ 201 Abs. 2, 202 StPO) noch das im Hauptverfahren erkennende Gericht sind verpflichtet, einen anderen Sachverständigen als den „Gutachter der Staatsanwaltschaft“ aus dem Ermittlungsverfahren zu bestellen.⁷²¹

460 Da es im Übrigen gleichgültig ist, woher das Gericht seine eigene Sachkunde bezieht,⁷²² kann als Grundlage hierfür der Inhalt eines von der Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren eingeholten Gutachtens ohne weiteres ausreichen. Nur in Ausnahmefällen und mit erheblichem Begründungsaufwand wird es einem Verteidiger gelingen, über einen Beweisantrag einen weiteren Sachverständigen desselben Fachgebiets in das Verfahren einzubringen.

718 BGHSt 3, 27 (28).

719 Ständige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs: BGHSt 2, 164; BGH NStZ 2000, 437; NStZ-RR 2000, 332.

720 S. dazu auch Rdn. 45 ff.

721 *Meyer-Gofßner* § 73 Rn. 1; BGH NJW 1998, 2458 (2460, 2461).

722 *Meyer-Gofßner* § 244 Rn. 73.

6. Kapitel Durchführung der Hauptverhandlung

E. Schlussvortrag/Plädoyer

- 468 Nach der Beweisaufnahme erhält in der Regel zuerst der Staatsanwalt, anschließend der Verteidiger für den Angeklagten (§258 Abs.1 StPO)⁷³⁴ Gelegenheit zum Schlussvortrag. In der Berufungsinstanz plädiert als erster der Beschwerdeführer, § 326 S. 1 StPO. Haben Verteidigung und Staatsanwaltschaft Berufung gegen ein amtsgerichtliches Urteil eingelegt, ist es üblich, dass zunächst der Staatsanwalt mit seinem Schlussvortrag beginnt.
- 469 In den Augen vieler Mandanten stellt das Plädoyer ihres Verteidigers einen so wesentlichen Teil der Hauptverhandlung dar, dass Erfolg oder Misserfolg des Verteidigungsziels maßgeblich durch die Qualität des Schlussvortrags bestimmt wird. Weitaus nüchterner sollte die Beurteilung des Verteidigers ausfallen: „Unterlassungssünden“ der Verteidigung im Ermittlungsverfahren, bei der Vorbereitung der Hauptverhandlung und in der Hauptverhandlung selbst, insbesondere nicht gestellte Beweisanträge, unterlassene Fragen und Vorhalte an Beweispersonen, sind irreparabel und durch ein noch so brillantes Plädoyer nicht wiedergutzumachen.⁷³⁵
- 470 Im Unterschied zum Staatsanwalt, der das Verhandlungsergebnis in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht zu würdigen und bestimmte Anträge zu stellen hat,⁷³⁶ ist der Verteidiger bei der formalen und inhaltlichen Gestaltung seines Plädoyers weitgehend frei; er ist nicht einmal verpflichtet, zu plädieren.⁷³⁷
- 471 Hält der Verteidiger – auch nach dem Vortrag des Staatsanwalts – zur Vorbereitung seines Plädoyers eine Unterbrechung für erforderlich, wird das Gericht einem darauf gerichteten Antrag im Regelfall entsprechen.⁷³⁸
- 472 **Für die Form des Plädoyers können als Anhaltspunkte gelten:**

- **Anredeformel**

Ob dem Beginn eine Anredeformel⁷³⁹ („Hohes Gericht“; „Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Beisitzer, Herr Staatsanwalt“) vorangestellt werden soll, ist weniger eine Frage der Höflichkeit, sondern im Einzelfall zu bestimmen, abhängig von der Bedeutung des Verfahrens,⁷⁴⁰ dem Verhandlungsklima sowie davon, ob Form und Gehalt des Plädoyers einer anspruchsvoll klingenden Eingangsformel entsprechen.

734 Von der Reihenfolge des §258 Abs.1 StPO kann aus Zweckmäßigkeitsgründen abgesehen werden (Pfeiffer §258 Rn.3; RGSt 64, 133).

735 HbFAStRAF/R/Groß-Bölting/Kaps 2. Teil, 4. Kap., Rn.306; Strafverteidigung/Gatzweiler/Mehle §9 Rn.372.

736 BGH NSTZ 1984, 468.

737 Meyer-Göfner §258 Rn.9,11; KK-StPO/Schoreit §258 Rn.7.

738 Unproblematisch ist dies jedenfalls in umfangreichen Verfahren (KG Berlin StV 1984, 39).

739 Vgl. dazu auch Dahs Rn.712.

740 In Bagatelldeliktverfahren oder Ordnungswidrigkeitenverfahren z.B. wirkt die Anrede „Hohes Gericht“ (auch aus richterlicher Sicht) manchmal etwas deplaziert. Wenn überhaupt sollte sich die Anrede auf „Herr Vorsitzender/Frau Vorsitzende“ beschränken.

7. Kapitel Rechtsmittel

B. Berufung (§§ 312 bis 332 StPO)

Übersicht	Rn.
I. Frist und Form	507
II. Beschränkung der Berufung	510
III. Berufungshauptverhandlung	514
1. Ausbleiben des Angeklagten	516
2. Verschlechterungsverbot	517

506 Die zulässige Berufung gegen Urteile des Strafrichters und des Schöffengerichts ist „gewissermaßen eine 2. Instanz“,⁷⁹⁹ in der die angefochtene Entscheidung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht überprüft wird. Neue Tatsachen und Beweismittel können eingeführt werden, § 323 Abs. 3 StPO.

I. Frist und Form

507 Gegen erstinstanzliche Urteile des Amtsgerichts kann gem. § 314 StPO binnen **einer Woche** nach Verkündung oder im Fall der Abwesenheit des Angeklagten bei der Urteilsverkündung nach Zustellung des vollständigen Urteils schriftlich, per Telefax, Telegramm oder zu Protokoll der Geschäftsstelle Berufung eingelegt werden. Die seit dem 1. April 2005 geltende Vorschrift des § 41a StPO ermöglicht es darüber hinaus, an Gericht oder Staatsanwaltschaft gerichtete Erklärungen, Anträge oder deren Begründung als elektronisches Dokument, insbesondere also als E-Mail, einzureichen. Voraussetzung ist, dass das Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur (§ 41a Abs. 1 S. 1 StPO) nach dem Signaturgesetz (§ 2 SigG) versehen ist. Zu den Dokumenten i.S. des § 41a StPO gehören grundsätzlich auch die Rechtsmittel der Berufung, der Revision und der Beschwerde, so dass deren Einlegung wie Zurücknahme – jedenfalls in den Bundesländern, in denen die Landesjustizverwaltungen entsprechend ermächtigt sind (§ 41a Abs. 2 S. 2 StPO) – per E-Mail wohl form- und fristgerecht sein dürfte.⁸⁰⁰ Die Berufung ist beim „judex a quo“ einzulegen. Durch die Einlegung ist die Rechtskraft des Urteils gehemmt, § 316 Abs. 1 StPO.

508 Die Berufung muss **nicht begründet** werden. Eine Begründung ist aber möglich und im Übrigen für den Verteidiger nicht fristgebunden. Besonderheiten ergeben sich in Bagatellfällen bei der **Annahmeberufung**. Nach § 313 Abs. 1 StPO wird die Zulässigkeit der Berufung von deren Annahme durch das Berufungsgericht abhängig gemacht, wenn der Amtsrichter auf eine Geldstrafe von nicht mehr als 15 Tagessätzen, Verwarnung mit Strafvorbehalt (§ 59 StGB) oder auf eine Verurteilung zu einer Geldbuße (nach dem OWiG)

⁷⁹⁹ Meyer-Göfner vor § 312 Rn. 1.

⁸⁰⁰ Eine handschriftliche Unterzeichnung ist zur Wirksamkeit dieser Erklärungen nicht unbedingt erforderlich, KK-StPO/Graf § 41a Rn. 7 unter Hinweis u.a. auf BGH NSTZ-RR 2000, 305; BGH NJW 2008, 2649; vgl. aber auch BGH StRR 2009, 99 m. Anm. Burhoff; OLG Oldenburg StRR 2008, 465

7. Kapitel Rechtsmittel

C. Revision (§§ 333 bis 358 StPO)

Übersicht	Rn.
I. Frist und Form für die Revisionseinlegung	522
II. Besonderheiten der Sprungrevision	526
III. Frist und Form für Revisionsanträge und Revisionsbegründung	530
IV. Möglichkeiten der Revisionsbeschränkung	535
V. Revisionsgründe	540
1. Verstöße gegen sachliches Recht	541
2. Verstöße gegen das Verfahrensrecht	545

- 520 Revision kann gem. § 333 StPO eingelegt werden gegen
- erstinstanzliche Urteile des Oberlandesgerichts,
 - erstinstanzliche Urteile des Landgerichts,
 - Berufungsurteile des Landgerichts; mit der Ausnahme, dass die Einlegung einer Revision gegen das Berufungsurteil einer Jugendkammer unzulässig ist, wenn das Urteil eines Jugendrichters oder eines Jugendschöffengerichts zunächst mit der zulässigen Berufung angefochten wurde, § 55 Abs. 2 JGG⁸²⁵ sowie
 - als Sprungrevision gegen Urteile des Amtsgerichts, § 335 StPO.
- 521 Ziel des Revisionsverfahrens ist es, das Urteil einer Tatsacheninstanz darauf zu überprüfen, ob Verfahrensrecht ordnungsgemäß angewandt und die Entscheidung sachlich (materiell) richtig ist.
- I. Frist und Form für die Revisionseinlegung**
- 522 Die Frist für die Einlegung der Revision beträgt nach § 341 Abs. 1 StPO **eine Woche** nach Urteilsverkündung. Bei Abwesenheit des Angeklagten beginnt diese Wochenfrist gem. § 341 Abs. 2 StPO mit der Zustellung des Urteils. Die Revision ist bei dem Gericht einzulegen, dessen Urteil angefochten wird.
- 523 An eine besondere Form ist die Revisionseinlegung nicht gebunden. Sie kann schriftlich, per Telefax, Fernschreiben oder Telegramm eingelegt werden,⁸²⁶ eine telefonische Einlegung zu Protokoll der Geschäftsstelle reicht nicht aus.⁸²⁷ Grundsätzlich dürfte die Revisionseinlegung auch durch E-Mail unter den Voraussetzungen des § 41a StPO zulässig sein.⁸²⁸
- 524 Von einer Revisionseinlegung zu Protokoll des Urkundsbeamten im Anschluss an die Hauptverhandlung sollte in der Regel abgesehen werden. Derartige Erklärungen sind zwar zulässig; Staatsanwaltschaft, Angeklagter

⁸²⁵ Die Beschränkung gilt allerdings nicht, wenn bei einem Heranwachsenden Erwachsenenstrafrecht und nicht Jugendstrafrecht zur Anwendung kommt (*Eisenberg* JGG § 55 Rn. 1).

⁸²⁶ KK-StPO/*Kuckein* § 341 Rn. 12.

⁸²⁷ BGHSt 30, 64 = NJW 1981, 1627.

⁸²⁸ S. dazu Rdn. 507 sowie KK-StPO/*Kuckein* § 341 Rn. 12.

8. Kapitel

Besonderheiten der Verteidigung in Ordnungswidrigkeiten- verfahren

A. Allgemeines	223
B. Das Opportunitätsprinzip des § 47 OWiG	224
C. Verfahren gegenüber der Verwaltungsbehörde	227
D. Bußgeldbescheid und Einspruch	231
E. Das gerichtliche Hauptverfahren, §§ 71 ff. OWiG	235
F. Geltendmachung von Verfolgungshindernissen durch den Verteidiger	246
G. Rechtsbeschwerde, §§ 79 ff. OWiG	249
H. Fahrverbot	253

A. Das Verkehrsstrafverfahren

A. Das Verkehrsstrafverfahren¹⁰²⁵

Übersicht	Rn.
I. Allgemeines	670
II. Fahrerlaubnisentziehung	677
1. Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 111a StPO	677
2. Entziehung der Fahrerlaubnis und Sperrfrisdauer nach §§ 69, 69a StGB	683
a) Sperrfristverkürzung	685
b) Ausnahmen von der Sperre für bestimmte Fahrerlaubnisklassen	688
3. Rechtsbehelfe gegen die Fahrerlaubnisentziehung	691
III. Delikte im Straßenverkehr	693
1. Trunkenheit im Verkehr	693
a) Führen eines Fahrzeugs	694
b) Fahruntüchtigkeit	696
c) Absolute und relative Fahruntüchtigkeit/Fahrunsicherheit	697
2. § 24a StVG, sog. „0,5 %-Gesetz“	709
3. Straßenverkehrsgefährdung	714
a) § 315c Abs. 1 StGB (Fahruntüchtigkeit/Fahrunsicherheit)	715
b) § 315c Abs. 1 Nr. 2 StGB („sieben Todsünden“)	718
aa) Grob verkehrswidriges Verhalten	719
bb) Rücksichtslosigkeit	721
cc) Konkrete Gefahr	722
dd) Fahrlässigkeit	723
4. Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, § 315b StGB	724
5. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort	727
a) Unfall im Straßenverkehr	727
b) Feststellungsinteresse	729
c) Bedeutender Fremdschaden	732
d) Vorsatz	734
6. Vollrausch, § 323a StGB	738
7. Nötigung, § 240 StGB	740
8. Fahrlässige Körperverletzung/fahrlässige Tötung	742
9. Fahren ohne Fahrerlaubnis	747

I. Allgemeines

Verkehrsstrafsachen haben in der Verteidigerpraxis schon deshalb besondere Bedeutung, weil auf sie ca. 27 % aller strafgerichtlichen Verurteilungen entfallen. Für den Verteidiger ist es deshalb wichtig, nicht nur die einschlägigen materiell-strafrechtlichen Normen aus StGB oder StVG zu kennen, sondern auch die dazu korrespondierenden strafprozessualen Vorschriften, wie z.B. §§ 111a, 304 ff. StPO.¹⁰²⁶ Bedeutend ist des weiteren die „Nachsorgetätigkeit“ des Verteidigers bei Neuerteilung der Fahrerlaubnis nach §§ 2 ff. StVG, §§ 13 ff. FeV im Anschluss an den Ablauf der strafgerichtlichen Fahrerlaubnissperre, auch wenn hier eher verwaltungsrechtliche Fragen im Vordergrund stehen.

¹⁰²⁵ Zur Verteidigung in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren s. Kap. 8 Rdn. 552 ff.

¹⁰²⁶ S. dazu auch Kap. 8 Rdn. 553.

9. Kapitel Verteidigung in speziellen Verfahren

B. Verteidigung wegen Gewaltdelikten/ Körperverletzungsdelikten

Übersicht	Rn.
I. Vorbemerkungen	751
II. Einfache vorsätzliche Körperverletzung nach §§ 223, 230 StGB	753
1. Strafantrag und besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung	756
2. Täter-Opfer-Ausgleich (TOA)	759
a) Begriff und Bedeutung des TOA	760
b) TOA bei jugendlichen Mandanten	763
3. Strafmilderung bei Gewaltdelikten	765
III. Gefährliche Körperverletzung nach § 224 StGB	768
1. Gefährliches Werkzeug, § 224 Abs. 1 Nr. 2 StGB	770
2. Gemeinschaftliche Tatbegehung	775
3. Begehung der Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung	777
IV. Schwere Körperverletzung nach § 226 StGB	785
V. Fahrlässige Körperverletzung, §§ 229, 230 StGB	789
VI. Mittelbare Folgen einer Verurteilung wegen eines Gewaltdelikts	800

I. Vorbemerkungen

751 Körperverletzungsdelikte sind in der Kriminalstatistik recht bedeutend. Ohne Straßenverkehrsdelikte erfasste die Polizei im Jahr 2006 543.337 Straftaten wegen Körperverletzung, was 8 % aller registrierten Straftaten entspricht.¹²⁰⁶ Demgemäß häufig wird auch der Berufsanfänger mit – insbesondere jugendlichen/heranwachsenden – Mandanten konfrontiert sein, die beschuldigt werden, ein Gewaltdelikt begangen zu haben. Da die Verteidigung in Kapitalstrafsachen (Tötungsdelikte) zu den speziellen Verfahren gehört, mit denen Berufsanfänger/Gelegenheitsverteidiger erfahrungsgemäß seltener befasst sind, beschränken sich folgenden Ausführungen im wesentlichen auf den Anwendungsbereich der einfachen vorsätzlichen Körperverletzung (§ 223 StGB), der gefährlichen Körperverletzung (§ 224 StGB), der schweren Körperverletzung (§ 226 StGB) und der fahrlässigen Körperverletzung nach §§ 229, 230 StGB.

Eine weitergehende und ausführliche Darstellung zur Verteidigung in Kapitalstrafsachen findet man bspw. im Handbuch des Fachanwalts Strafrecht,¹²⁰⁷ auf dessen entsprechenden Inhaltsteil verwiesen wird.

752 Als Mandat insbesondere für den Berufsanfänger nicht uninteressant sind im Straßenverkehr begangene fahrlässige Körperverletzungsdelikte, die etwa 4/5 aller Taten nach § 229 StGB ausmachen. Einerseits sind die betroffenen Mandanten für das dahinter stehende Risiko häufig rechtsschutzversichert, andererseits bieten viele Sachverhalte dem Verteidiger die Chance, wenigstens eine Verfahrenseinstellung nach § 153a StPO erwirken zu können. Hat

¹²⁰⁶ HK-GS/Dölling § 223 Rn. 2 unter Hinweis auf die polizeiliche Kriminalstatistik 2006.

¹²⁰⁷ HbFAStrafR/Werner 6. Teil, 1. Kap., S. 631 ff.; s. auch Stern Verteidigung in Mord- und Totschlagsverfahren, 2. Aufl. 2005.

9. Kapitel Verteidigung in speziellen Verfahren

C. Betäubungsmittelstrafrecht¹²⁸⁹

Übersicht	Rn.
I. Vorbemerkungen	802
II. Einige Grundbegriffe des Betäubungsmittelstrafrechts für den Verteidiger	810
III. Besonderheiten der Verteidigung	828
1. Verteidigung des drogenabhängigen Mandanten	828
2. Erheblich verminderte Schuldfähigkeit	833
3. Verteidigung gegen den Kronzeugen	837
4. Mittelbare Folgen einer Verurteilung nach dem BtMG	840
a) Fahrerlaubnis	840
b) Ausländer	846
5. Honorargesichtspunkte	848

I. Vorbemerkungen

- 802 Die Verteidigung in Betäubungsmittelstrafsachen ist eine Spezialmaterie, die angesichts der umfangreichen Rechtsprechung zu besonderen strafprozessualen wie materiell-rechtlichen Problemen entsprechende Kenntnisse verlangt. Die Übernahme eines solchen Mandats, insbesondere durch einen „Gelegenheitsverteidiger“ oder Berufsanfänger, bedarf schon deshalb genauer Prüfung. Ernsthaft erwägen, das Mandat abzulehnen, sollte der nicht spezialisierte Verteidiger jedenfalls bei schwierigen, erstinstanzlich vor der Strafkammer zu verhandelnden Sachverhalten; denn hier muss er davon ausgehen, auf erfahrene, über Spezialkenntnisse verfügende Richter und Rechtsanwälte zu treffen, die Vergleichbares von der Verteidigung erwarten.
- 803 Das Mandat in Betäubungsmittelstrafsachen ist darüber hinaus häufig dadurch gekennzeichnet, dass der Verteidiger Mandanten zu vertreten hat, die drogenabhängig sind. Grob unterscheiden lassen sich dabei zwei Gruppierungen: einerseits der durch, teils exzessiven Drogenmissbrauch weitgehend dissozialisierte „Junkie“, dessen Alltagserleben vom Denken an Drogen und deren Beschaffung geprägt ist, und für den Handeltreiben nach §§ 29 Abs. 1 Nr. 1, 29a Abs. Nr. 1 BtMG weniger die Funktion einer illegalen Einnahmequelle hat, sondern die Grundlage für die Finanzierung des eigenen Drogenkonsum darstellt. Gegenpol dazu ist der professionell agierende „Großdealer“, der allerdings eher selten einen von ihm benötigten Beistand bei einem „Gelegenheitsverteidiger“ oder einem unerfahrenen Berufsanfänger suchen wird.
- 804 Insbesondere bei der ersten Gruppe der meistens einschlägig vorbelasteten Täter stellt sich frühzeitig die Frage einer sinnvollen Verteidigungsstrategie. Bei Aussichtslosigkeit einer Freispruchverteidigung, sollte das Mandanteninteresse auf erreichbare Ziele fokussiert bleiben:

1289 Ausführlich dazu s. HbFAStrafR/Wächtler 6. Teil, 3. Kap.

D. Verteidigung in Jugendstrafverfahren

D. Verteidigung in Jugendstrafverfahren

Übersicht	Rn.
I. Vorbemerkungen	851
II. Aufgaben des Verteidigers in Jugendstrafverfahren	854
III. Materielles Jugendstrafrecht	863
1. Persönlicher Anwendungsbereich	863
a) Jugendliche	863
b) Heranwachsende	866
2. Sachlicher Anwendungsbereich (Rechtsfolgen einer Jugendstraftat)	873
IV. Besonderheiten im prozessualen Jugendstrafrecht	885
1. Untersuchungshaft	885
2. Pflichtverteidigung im Jugendstrafverfahren	894
3. Rechtsmittel im Jugendstrafverfahren	899
4. Prozessuale Einschränkungen	901
5. Sachliche Einschränkungen	904

I. Vorbemerkungen

Es entspricht einer nicht selten anzutreffenden – vorurteilsgleichen – Auffassung, die Mitwirkung eines Verteidigers in Jugendstrafsachen, insbesondere dessen Aktivitäten in einer Hauptverhandlung, beeinflusse die Atmosphäre eines Verfahrens eher nachteilig, einschließlich sich daraus ergebender negativer Auswirkungen für den Angeklagten. Gerade in Jugendstrafverfahren, das am Erziehungsgedanken ausgerichtet ist, und für das der Strafrahmen des allgemeinen Strafrechts nicht gilt (§ 18 Abs. 1 S. 3 JGG), bedürfe es schon deshalb der Mitwirkung eines Verteidigers seltener als im Erwachsenenstrafrecht; dies umso mehr, als Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren sein sollen (§ 37 JGG) und schon deshalb professionelles Verteidigerhandeln – wenigstens in einfach gelagerten Fällen – im Grunde kontraproduktiv wirke. 851

In der Tat: den Verteidiger in Jugendstrafverfahren beschleicht manchmal das Gefühl, eher Fremdkörper und überflüssiger Störfaktor als erwünschter Beistand und Hauptvertrauensperson des Beschuldigten zu sein. Mehr als im Erwachsenenstrafverfahren sind die Einwirkungsmöglichkeiten sonstiger Verfahrensbeteiligter, wie insbesondere der Jugendgerichtshilfe (JGH),¹³⁵⁷ auf die Entscheidungsfindung in Jugendstrafverfahren erheblich und sollen nach der gesetzlichen Bestimmung des § 38 Abs. 3 S. 2 JGG zu einem möglichst früheren Zeitpunkt, also meistens vor Beauftragung eines Verteidigers, beginnen. Regelmäßig bereits im Ermittlungsverfahren damit beauftragt, erforscht die JGH die Persönlichkeit, die Entwicklung und die Umwelt des Beschuldigten (§ 38 Abs. 2 S. 2 JGG). Darüber hinaus bereitet der Jugendge- 852

¹³⁵⁷ § 38 JGG regelt den Aufgabenbereich der JGH. Die Mitwirkung der Jugendgerichtshelfer ist nicht nur auf Straf- und Bußgeldverfahren gegen eine Jugendlichen beschränkt, gilt vielmehr auch für Heranwachsende, also den Personenkreis der 18- unter 21-Jährigen (§§ 1 Abs. 2, 105 JGG).

10. Kapitel

Verteidigung im Strafvollzug

A. Vorbemerkungen	343
B. Zuständigkeiten	344
C. Aufgaben und Ziele des Strafvollzugs	346
D. Besonderheiten für den Verteidiger	346

11. Kapitel

Strafrechtliche Entschädigungs- ansprüche nach dem StrEG

A. Allgemeines	353
B. Ausschluss- und Versagungsgründe	353
C. Entschädigung nach Billigkeitserwägungen	355
D. Grundentscheidung des Strafgerichts, § 8 StrEG	355
E. Verfahren nach Einstellung durch die Staatsanwaltschaft, § 9 StrEG	356
F. Sofortige Beschwerde	356
G. Betragsverfahren	356

12. Kapitel

Gebühren in Straf- und Bußgeldsachen

A. Überblick und Allgemeines	361
B. Wahlverteidiger	361
C. Pflichtverteidiger	362
D. Kosten	363
E. Kostenfestsetzung	365
F. Die Gebührenarten	367
G. Bußgeldsachen, Nr. 5100 bis 5112 VV; Rechtsbeschwerde, Nr. 5113 bis 5114 VV	399
H. Auslagen Teil 7 VV	409
I. Vergütungsvereinbarung	412

D. Kosten

Übersicht	Rn.
I. Kosten des Verfahrens, notwendige Auslagen, § 464a StPO	962
II. Grundsatz der Kostentragung	963
III. Kostengrundentscheidung, § 464 StPO, §§ 105, 105a OWiG	968
IV. Rechtsmittelverfahren, § 473 StPO	973

I. Kosten des Verfahrens, notwendige Auslagen, § 464a StPO

Kosten des Verfahrens sind die Gebühren und Auslagen der Staatskasse; zu den Auslagen zählen die Pflichtverteidigergebühren. Notwendige Auslagen eines Verfahrensbeteiligten sind die durch Verteidigungsmaßnahmen notwendigen Aufwendungen sowie die Gebühren und Auslagen eines Rechtsanwalts, soweit sie nach § 91 Abs. 2 ZPO zu erstatten sind. **962**

II. Grundsatz der Kostentragung

Der Verurteilte hat die Verfahrenskosten und seine notwendigen Auslagen zu tragen. Eine Verteilung der Auslagen nach Bruchteilen zwischen Staatskasse und Verurteiltem ist möglich (§ 465 StPO). **963**

Bei Freispruch hat die Staatskasse die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen zu tragen. Ausnahmen sind nach gerichtlichem Ermessen möglich (bei schuldhafter Säumnis, wahrheitswidriger Selbstbelastung u. Verschweigen entlastender Umstände, Verschweigen wesentlicher Umstände), § 467 StPO. Bei Teilfreispruch kann gequotelt werden. **964**

Stellt die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren ein (§ 170 Abs. 2 StPO), trägt die Staatskasse die Verfahrenskosten und der Beschuldigte seine notwendigen Auslagen. Einer Kostengrundentscheidung bedarf es nicht. **965**

Der Staatskasse werden im Ermittlungsverfahren auf Antrag die Kosten nur dann auferlegt, wenn das Verfahren bereits gerichtlich anhängig war¹⁴⁹³ und die Staatsanwaltschaft die Anklage/den Antrag auf Erlass eines Strafbefehls zurücknimmt und das Verfahren einstellt, oder wenn sie das Verfahren einstellt, nachdem sie die Anklageerhebung erwogen und dem Beschuldigten sowie seinem Verteidiger den Abschluss der Ermittlungen mitgeteilt hat (§§ 467a, 169a StPO).¹⁴⁹⁴ **966**

Eine Entschädigung kann unter bestimmten Voraussetzungen nach dem StrEG erlangt werden, wenn eine zu entschädigende Strafverfolgungsmaßnahme vorliegt.¹⁴⁹⁵ **967**

1493 Zur Anhängigkeit: *Meyer-Gofßner* Einleitung Rn. 60.

1494 *Burhoff* ErmV, Rn. 250; *Finzel* MDR 1970, 281.

1495 Einzelheiten bei *Meyer-Gofßner* § 2 StrEG.

E. Kostenfestsetzung

Übersicht	Rn.
I. Allgemeines	974
II. Festsetzung der Kosten des Wahlverteidigers nach § 11 RVG gegen den Auftraggeber	982
III. Festsetzung der Kosten des Pflichtverteidigers nach § 55 RVG	984

I. Allgemeines

Die Geltendmachung der Kosten, die ein Beteiligter einem anderen zu erstatten hat, erfolgt aufgrund eines Kostenfestsetzungsantrages, § 464b StPO. Grundlage für das Kostenfestsetzungsverfahren ist die Kostengrundentscheidung (Urteil, Beschluss). 974

Voraussetzung ist nach § 8 RVG die Fälligkeit des Vergütungsanspruchs. Die Vergütung wird fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet ist, in einem gerichtlichen Verfahren, wenn eine Kostengrundentscheidung ergangen oder der Rechtszug beendet ist oder das Verfahren länger als drei Monate ruht. Auslagen (verauslagte Gerichts-, Gerichtsvollzieher, Sachverständigen- u. Dolmetscherkosten sind sofort fällig (§ 271 BGB). 975

Zuständig für das Kostenfestsetzungsverfahren ist der **Rechtspfleger des Gerichts des** ersten Rechtszuges. Die Vorschriften der §§ 103 ff. ZPO sind für das Verfahren, die Höhe der Verzinsung (5 Prozentpunkte über Basiszinssatz) und für die Vollstreckung die §§ 794 Abs. 1 Nr. 2, 795 ZPO) anzuwenden. 976

Festsetzung und Verzinsung erfolgen auf Antrag eines Beteiligten (**keine Verzinsung** bei der **Pflichtverteidigervergütung**). 977

Für die Verjährung gelten die Vorschriften des BGB, in gerichtlichen Verfahren gilt für die Hemmung § 8 Abs. 2 RVG. 978

Da das Kostenfestsetzungsverfahren nicht mehr zum Strafverfahren gehört, benötigt der Verteidiger für den Antrag eine **besondere Vertretungsvollmacht**. Diese kann zusammen mit der Verteidigervollmacht erteilt werden.¹⁴⁹⁷ 979

Der Kostenfestsetzungsbeschluss ergeht nach Anhörung des Vertreters der Staatskasse oder eines sonstigen Antragsgegners. 980

Gegen Kostenfestsetzung nach §§ 103 ff. ZPO und § 11 RVG ist die befristete Erinnerung (§ 11 Abs. 2 RPflG) gegeben, wenn die Beschwer unter 200,00 € liegt. Liegt die Beschwer über 200,00 €, ist die sofortige Beschwerde (§ 567 Abs. 2 ZPO) gegeben. Nach h.M. richtet sich das Verfahren nach StPO-Grundsätzen,¹⁴⁹⁸ wonach die Wochen-Frist gilt (§ 311 Abs. 2 StPO). 981

¹⁴⁹⁷ Meyer-Gößner § 464b Rn. 2

¹⁴⁹⁸ Meyer-Gößner § 464b Rn. 6, 7.

F. Die Gebührenarten

Übersicht	Rn.
I. Überblick und Allgemeines	986
II. Haftzuschlag bei Grund-, Verfahrens- und Terminsgebühren	988
III. Längenzuschlag für den Pflichtverteidiger bei Terminsgebühren	994
IV. Zusätzliche Gebühr (Befriedungsgebühr), Nr. 4141 VV	997
V. Verbindung und Trennung von Verfahren	1003
VI. Verweisung und Zurückverweisung	1008
VII. Die Gebühren mit Beispielen	1010
1. Grundgebühr, Nr. 4100, 4101 VV	1010
2. Terminsgebühr für die Teilnahme an Terminen außerhalb der Hauptverhandlung, Nr. 4102 Nr. 1–5, mit Haftzuschlag, Nr. 4103 VV	1018
3. Verfahrensgebühr im vorbereitenden Verfahren, Nr. 4104; mit Haftzuschlag, Nr. 4105 VV	1025
4. Verfahrens- und Terminsgebühren im ersten Rechtszug nach Ordnung der Gerichte	1032
a) Allgemeines	1032
b) Verfahren vor dem Amtsgericht, Nr. 4106 bis 4111 VV	1038
c) Verfahren vor der Strafkammer oder Jugendkammer (Landgericht), Nr. 4112 bis 4117 VV	1046
d) Verfahren vor dem Oberlandesgericht (§ 120 GVG), dem Schwurgericht (§ 74 Abs. 2 GVG) oder der Strafkammer nach §§ 74a, 74c GVG, auch vor der Jugendkammer bei zu entscheidenden Sachen, die in die Zuständigkeit des Schwurgerichts gehören, Nr. 4118 bis 4123 VV	1051
5. Berufungsverfahren, Nr. 4124–4129 VV	1057
6. Revisionsverfahren Nr. 4130–4135 VV	1067
7. Wiederaufnahmeverfahren zur Beseitigung von Fehlentscheidungen (§ 359 ff. StPO), Nr. 4136–4140 VV	1077
8. Zusätzliche Verfahrensgebühr bei Einziehung u. verwandten Maßnahmen, Nr. 4142 VV	1087
9. Zusätzliche Gebühr im Adhäsionsverfahren, Nr. 4143, 4144 VV	1099
10. Verfahren über soziale Ausgleichsleistungen, Nr. 4146 VV	1106
11. Einigung im Privatklageverfahren über Strafanspruch und Kostenerstattungsan- spruch, Nr. 4147 VV	1109
12. Gebühren in der Strafvollstreckung Nr. 4200–4203, 4204–4207 VV	1114
13. Einzeltätigkeiten Nr. 4300–4304 VV	1126

I. Überblick und Allgemeines

Teil 4 (Strafsachen) der VV ist in 3 Abschnitte mit Vorbemerkungen und 986 Unterabschnitten unterteilt.

Abschnitt 1 mit 5 Unterabschnitten und Vorbemerkungen regelt die allgemeinen Gebühren, die Gebühren des vorbereitenden Verfahrens, des 1. Rechtszuges, des Berufungs- und des Revisionsverfahren, die Gebühren des Wiederaufnahmeverfahrens und die zusätzlichen Gebühren (VV Nr. 4100 bis 4147).

Abschnitt 2 mit Vorbemerkung bestimmt die Gebühren in der Strafvollstreckung (VV Nr. 4200 bis 4207).

Abschnitt 3 mit Vorbemerkung regelt die Einzeltätigkeiten (VV Nr. 4300 bis 4304).

G. Bußgeldsachen, Nr. 5100–5112 VV; Rechtsbeschwerde, Nr. 5113–5114 VV

**G. Bußgeldsachen, Nr. 5100 bis 5112 VV;
Rechtsbeschwerde, Nr. 5113 bis 5114 VV**

Übersicht	Rn.
I. Überblick und Allgemeines	1135
II. Haftzuschlag	1143
III. Längenzuschlag	1144
IV. Zusätzliche Gebühr (Befriedungsgebühr), Nr. 5115 VV	1145
V. Verbindung und Trennung von Verfahren, Verweisung und Zurückverweisung	1150
VI. Grundgebühr Nr. 5100 VV	1151
VII. Verfahren vor der Verwaltungsbehörde Nr. 5101 – 5106 VV	1154
VIII. Gerichtliches Verfahren im ersten Rechtszug, Nr. 5107–5112 VV	1162
IX. Verfahren über die Rechtsbeschwerde. Nr. 5113, 5114 VV	1168
X. Zusätzliche Gebühr bei Einziehung und verwandten Maßnahmen, Nr. 5116 VV	1173
XI. Einzeltätigkeiten Nr. 5200 VV	1177

I. Überblick und Allgemeines

Teil 5 (Bußgeldsachen) ist mit Vorbemerkung 5 in 2 Abschnitte unterteilt. **1135**
Abschnitt 2 enthält 5 Unterabschnitte.

Abschnitt 1 regelt im Unterabschnitt 1 die allgemeine Gebühr, im Unterabschnitt 2 das Verfahren vor der Verwaltungsbehörde, im Unterabschnitt 3 das gerichtliche Verfahren im ersten Rechtszug, im Unterabschnitt 4 das Verfahren über die Rechtsbeschwerde und im Unterabschnitt 5 die zusätzliche Gebühr. Abschnitt 2 enthält die Verfahrensgebühr für Einzeltätigkeiten. **1136**

Jeder Abschnitt bildet gebührenrechtlich eine eigene Angelegenheit (§ 17 Z. 1. RVG). **1137**

Nach Vorbem. 5.1 VV werden durch die Gebühren die gesamte Tätigkeit des Verteidigers abgegolten (Abs. 1). **1138**

Hängt die Höhe der Gebühren von der Höhe der Geldbuße ab, ist die zum Zeitpunkt des Entstehens der Gebühr zuletzt festgesetzte Geldbuße maßgebend. Ist eine Geldbuße nicht festgesetzt, richtet sich die Höhe der Gebühren im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde nach dem mittleren Betrag der in der Bußgeldvorschrift (z. B. BußgeldkatalogVO) angedrohten Geldbuße. Sind in einer Rechtsvorschrift Regelsätze bestimmt, sind diese maßgebend. Mehrere Geldbußen sind zusammenzurechnen (Vorbem. 5.1 Absatz 2 VV). **1139**

Für das Entstehen der Grund-, Verfahrens- und Terminsgebühr wird auf die Ausführungen in VII. verwiesen. Bei der Höhe der Terminsgebühr findet eine Unterscheidung zwischen Hauptverhandlungstermin und Termin außerhalb der Hauptverhandlung nicht statt (s. Rdn. 1163). **1140**

Die Höhe der Gebühren richtet sich nach drei Stufen:

- Geldbuße weniger als 40,00 €
- Geldbuße von 40,00 bis 5.000,00 €
- Geldbuße von mehr als 5.000,00 €

Stichwortverzeichnis

Zahlen verweisen auf Randnummern.

Abhängigkeit des Mandanten von Betäubungsmitteln 828 ff.

- Erheblich verminderte Schuldfähigkeit **833 ff.**
- „Therapie vor Strafe“ **82**

Ablehnung

s. a. Ablehnungsgesuch, Befangenheit

- Eines Mandates durch den Verteidiger **10, 802**
- Eines Richters wegen Befangenheit **327 ff., 347 (Muster)**
- Eines Sachverständigen wegen Befangenheit **341 ff., 347 (Muster), 467**
- Eines Staatsanwalts wegen Befangenheit **326**

Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens 233, 245 (Muster)

Ablehnung von Beweisanträgen 413 ff., 601 ff.

- Auf Anhörung eines weiteren Sachverständigen **461 ff.**
- Auf Augenscheinseinnahme **423**
- Auf Sachverständigenbeweiserhebung **422**
- Bescheidungspflicht des Gerichts **413, 414**
- Beweiserhebung zur Erforschung der Wahrheit nicht erforderlich **206**
- Wegen Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache **416**
- Wegen Erwiesenseins der Beweistatsache **417**
- Wegen Offenkundigkeit **415**
- Wegen Prozessverschleppung **419**
- Wegen Unerreichbarkeit des Beweismittels **420**

- Wegen völliger Ungeeignetheit des Beweismittels **418**
- Wegen Unzulässigkeit der Beweiserhebung **414**
- Wegen Wahrunterstellung einer Beweistatsache **421**

Ablehnung von Beweisanträgen in Ordnungswidrigkeitenverfahren 601 ff.

- Amtsaufklärungsgrundsatz **601**
- Beweiserhebung ist zur Erforschung der Wahrheit nicht erforderlich **603 ff.**
- Vereinfachte Art der Beweisaufnahme **611 ff.**
- Verspätete Beweisanträge/Prozessverschleppung **607 ff.**

Ablehnungsgesuch

- Form **270, 276**
- Inhalt **265, 270, 276**
- Zeitpunkt **264, 275**

Absprachen

- Beteiligte **322**
- Bindungswirkung **325**
- Grundsätze **322 f.**
- Inhalte **317 ff.**
- Nebenklage **319**
- Protokollierung **323**
- Rechtsmittelverzicht **324**
- Verfahrensstadium **317**
- Verständigung über Verfahrensablauf **320**
- Ziel **320**
- Zulässigkeit **322**

Abwesenheit

- Angeklagter **209 ff., 351**
- Betroffener **595 ff.**

Abwesenheitsgeld 1190

Actio libera in causa 738

Stichwortverzeichnis

Akte

- Beiakte 63
- Beweismittelakte 63
- Spurenakte 63
- Überlassen an Dritte
s. *Aktenauszug*

Aktenauszug

- Überlassen an Dritte 66
- Überlassen an Mandant 66
- Überlassen an Mitverteidiger 66

Aktenbehandlung 66

Akteneinsicht

- Antrag auf ~ 22 (Muster), 27, 29, 60, 568
- Beweismittelordner 63
- Durchführung von ~ 64 ff.
- Gewährung im Ermittlungsverfahren 58 ff.
- Haftsachen 141
- Im Ordnungswidrigkeitenverfahren 565 ff.
- Im Strafvollstreckungsverfahren 909
- Im Zwischenverfahren 62, 235
- Recht auf ~ 67
- Spurenakten 63
- Strafregisterauszug 63
- Umfang 63
- Verkehrszentralregisterauszug 567
- Versagung von ~ 67 ff.
- Videoaufzeichnungen 567
- Zeitpunkt der 58 ff.

Aktenversendungspauschale 62

Alkohol im Körper

- Alkoholkrankung und Strafmilderung 766 f.
- Atemalkoholkonzentration 709 f.
- Blutalkoholkonzentration 698 ff.
- Leistungsvermögen 704 ff.
- Strafmilderung 765 ff.
- Widmark'sche Formel 700

Alkotest

s. *Atemalkoholtest, Blutalkoholwert*

Angaben des Mandanten zur Person 22, 36, 357 f.

Angeklagter

- Abwesenheit 209 ff., 351 ff.
- Anwesenheitspflicht 350
- Belehrung 277, 286 f.
- Einlassung 270 ff., 359 ff.
- Schweigerecht 253 f., 206 ff.
- Teileinlassung/Teilschweigen 255
- Vernehmung zur Person 357
- Vernehmung zur Sache 359 ff.
- Vertretung durch Verteidiger 208 ff., 351
- Vorbereitung auf die Hauptverhandlung 348 ff.

Anhörungsbogen 627

Anklageschrift

- Informationsfunktion 242
- Mängel 242 f., 245 (Muster)
- Umgrenzungsfunktion 242
- Unwirksamkeit 242

Anknüpfungstatsachen 363, 399

Anrechnung der Therapiezeit 831

Anrufung des Gerichts 435, 452

Antrag auf richterliche Entscheidung 109, 111, 113 (Muster), 126, 134

Anwaltsvertrag 10

Anwaltswechsel 15, 16 (Muster)

Anwesenheit des Verteidigers

- Bei Beschuldigtenvernehmungen 24, 25
- Bei Durchsuchung und Beschlagnahme 100 ff.

s. a. *Vertretung durch den Verteidiger*

Anwesenheitspflicht des Angeklagten 350 ff.

- In Bagatellverfahren 351
- In Ordnungswidrigkeitenverfahren 594 ff.
- Im Strafbefehlsverfahren 353

- Anwesenheitspflicht des Betroffenen** 594 ff.
– Antrag auf Aufhebung der Anordnung des persönlichen Erscheinens 595
s. a. Vertretung durch den Verteidiger
- Atemalkoholtest** 709 ff.
- Aufklärungsfunktion des Verteidigers in Jugendstrafverfahren** 854 ff.
- Aufklärungsgehilfe in Betäubungsmittelverfahren** 812, 837 ff.
- Aufklärungspflicht des Gerichts** 206, 370, 374, 601
- Auflagen**
– Änderungen 89
– Bei Außervollzugsetzung eines Haftbefehls 170
– Beseitigung des öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung 87
– Sechs-Monats-Frist 89
– Zivilrechtliche Verpflichtung 86, 90
- Augenscheinseinnahme** 402 ff., 423
– Ablehnung eines Beweisantrags 423
– Beweisanregung 437
– Beweisantrag 387 (Muster), 404
- Ausbleiben des Angeklagten**
– In der Berufungshauptverhandlung 516
– In der Hauptverhandlung nach Einspruch gegen Strafbefehl 208 f.
- Ausfallerscheinungen** 703, 705, 707 f.
- Ausfuhr von Betäubungsmitteln** 813
- Auskunftsverweigerungsrecht**
– Belehrung eines Zeugen durch den Verteidiger 41
- Ausländer** 225, 492, 846 f.
- Auslagen** 1182 ff.
- Auslagenentscheidung**
– Bezüglich der Sachverständigenkosten 363
– Bei Verfahrenseinstellung im OWi-Verfahren 560
– Bei Verfahrenseinstellung im Strafverfahren 82
- Aussage**
s. Einlassung
„Aussage gegen Aussage“ 481, 837 ff.
- Aussagefreiheit**
– Vor der Polizei 21
– Vor dem Richter 25
– Vor dem Staatsanwalt 24
- Aussagepsychologie**
– Aussageehrlichkeit 457
– Aussagerichtigkeit 458
– Aussagetüchtigkeit 456
– Befragung des Zeugen durch den Verteidiger 444 ff.
– Entstehungsbedingungen einer Aussage 837
– Fehlerquellen im Vernehmungsstil 450
– Konstanz einer Aussage 838
- Außergerichtliche Zeugenbefragung durch den Verteidiger** 30 ff.
- Außervollzugsetzung des Haftbefehls**
– Keine Befristung 169
– Bei Fluchtgefahr 170
– Bei jeder Haftentscheidung 168
– Sicherheitsleistung 171
– Bei Tatschwere 163, 173
– Bei Verdunkelungsgefahr 172
– Widerruf 175
– Bei Wiederholungsgefahr 174
- Aussetzung der Hauptverhandlung**
– Antrag des Verteidigers auf 30, 315 f. (Muster)
- Auswahl eines Sachverständigen**
– Im Ermittlungsverfahren 45
– Im Hauptverfahren 459

Stichwortverzeichnis

- Bedeutender Schaden bei Unfall-
flucht 732**
- Bedeutungslose Beweistatsache
416**
- Bedingter Beweisantrag 432**
– Muster 433
- Befangtheit**
*s. a. Ablehnung, Ablehnungsgesuch,
Konfliktlagen*
– Anträge 340, 347 (Muster)
– Begriff 327
– »Besorgnis der Befangtheit«
326 ff., 341 ff.
– Glaubhaftmachung 335, 340, 347
– Gründe 338, 343
– Rechtsmittel 337
– Eines Richters 327 f.
– Eines Sachverständigen 341 f.
– Verfahrensfragen 334 ff.
– Zeitpunkt der Antragstellung
329 f., 346
- Befragung von Zeugen**
s. Fragerecht des Verteidigers
- Befriedungsgebühr**
– In Strafsachen 997 ff.
– In Bußgeldsachen 1145 ff.
- Belehrung**
– Des Beschuldigten über sein Aus-
sageverweigerungsrecht 21, 24, 25
266, 348
- Beratung**
– Von Zeugen über Zeugnis- und
Auskunftsverweigerungsrechten
41
- Berufung**
– Annahmoberufung 508
– Ausbleiben des Angeklagten in
der Berufungsverhandlung 516
– Begründung 508
– Berufungsverhandlung 514 f.
– Berufung und Sprungrevision 509
– Beschränkung 510 ff.
– Einlegung 518, 519 (Muster)
– Form 507
- Frist 507
– Ladung von Beweispersonen 514
– Risiken der Beschränkung 513
– Verbot der Schlechterstellung 517
– Verlesung von Vernehmungspro-
tokollen 514
– Verwerfung 516
- Beschlagnahme**
– Beschlagnahmeverzeichnis 109
– des Führerscheins 112
– Postbeschlagnahme 108
– Rechtsmittel 111, 112, 113 (Muster)
– Vorliegen der gesetzlichen Voraus-
setzungen 106
- Beschlagnahmeverbote 107**
- Beschlussverfahren im Ordnungs-
widrigkeitenverfahren 586 ff.**
– Bedingung 588 ff. (u.a. Muster)
– Hinweis des Gerichts 591
– Widerspruch 586, 581 (Muster)
– Zusatzgebühr 587
- Beschuldigtenvernehmung**
– Polizeiliche ~ 21 f.
– Richterliche ~ 25
– Staatsanwaltschaftliche ~ 24
- Beschwerde 69, 111, 112 (Muster),
118 (Muster), 126, 134, 498, 691,
900**
- Besetzungsrüge 309 ff.**
– Besetzungsprüfung 312
– Form 311
– Zeitpunkt 310
- Besonderes öffentliches Interesse
743, 756 f.**
- Besprechung**
– Aktenvermerk über Erstgespräch
mit Mandanten 32
– Erstes Gespräch mit Mandant
18 ff.
– Mit Zeugen 40 ff., 44 (Muster)
- Betäubungsmittel 816**
*s. a. Abhängigkeit des Mandanten
von Betäubungsmitteln*

Stichwortverzeichnis

- Qualitätsstufen **826**
- Wirkstoffgehalt **827**
- Betroffener**
- Anhörung **558, 570**
- Anwesenheitspflicht in der Hauptverhandlung **594 ff.**
- Aussagefreiheit **570**
- Hinweis bei Übergang in das Strafverfahren **616**
- Vertretung durch Verteidiger **598**
- Beweisanregung 437**
- Beweisantrag 376 ff.**
- Ablehnung **413 f.**
- Ablehnungsgründe **414 ff.**
- Affirmativer ~ **383**
- Bedingter ~ **432, 433 (Muster)**
- Bedeutung **376 f.**
- Begründung **389, 393**
- Bescheidungsspflicht **413 f.**
- Chancen **382 ff.**
- Definition **377**
- Form **387 f., 319, 406 ff. (u.a. Muster)**
- Hilfsbeweisantrag **425 ff.**
s. dort
- Im Ordnungswidrigkeitenverfahren **601 ff.**
- Inhalt **386 ff.**
- Risiken **378 ff.**
- Unklarer ~ **389**
- Zeitpunkt der Antragstellung **409 ff.**
- Beweisaufnahme 368 ff.**
- Im beschleunigten Verfahren **228**
- In der Hauptverhandlung **368 ff., 592 ff.**
- Im Strafbefehlsverfahren **205 ff.**
- Vereinfachte ~ im Ordnungswidrigkeitenverfahren **611 ff.**
- Beweismittlungsantrag 434 ff.**
- Beweismittel 394 ff.**
- Augenschein
s. Augenscheinseinnahme
- Sachverständiger
s. dort
- Urkunde
s. Urkundenbeweis
- Zeuge
s. dort
- Beweistatsache 388 ff.**
- Beweisverwertungsverbot 266 ff.**
- Herstellung eines Verteidigerkontaktes **266**
- Hinweis auf Aussagefreiheit **266**
- Informatorische Befragung eines Beschuldigten **266**
- Widerspruchserfordernis **267, 269 (Muster)**
- Beweiswürdigung**
- Bei Leugnen des Anklagevorwurfs **254**
- Bei Schweigen des Angeklagten **254**
- Bei Teilschweigen des Angeklagten **255**
- Im Plädoyer **478 ff.**
- Bewertungseinheit 817**
- Blutalkoholkonzentration 672, 698 ff.**
- Blutalkoholwert**
- Berechnung **700**
- Beweiswert **703**
- Blutprobenentnahme 120 ff.**
- Bußgeldbescheid**
s. a. Ordnungswidrigkeitenverfahren
- Einspruch
s. Einspruch
- Inhalt **575**
- Mängel **576 f.**
- Nichtigkeit **579**
- Unzulänglichkeit **578**
- Verjährungsunterbrechung **625 ff.**
- Voraussetzungen für den Erlass **574**
- Bußgeldsachen**
- Gebühren **1135 ff.**

Stichwortverzeichnis

Deeskalationshaft 164

Detektiv

- Aussagepflicht als Zeuge 55
- Beauftragung durch den Verteidiger 55 f.
- Muster, Beauftragung 56

Doppelverwertungsverbot 497

Dringender Tatverdacht

- Begriff 140
- Bei Jugendlichen 891
- Bestimmte Tatsachen 141
- Materiell-rechtliche Verteidigungsmöglichkeiten 141

Drogenabhängigkeit 828 ff.

- Entzugserscheinungen 834
- Verminderte Schuldfähigkeit 833 ff.

Durchsuchung

- Anwesenheit eines Verteidigers 100
- Durchsicht von Papieren 105
- Gefahr im Verzuge 102
- Probleme bei der ~ 102 ff.
- Rechtsmittel 111 ff. (u.a. **Muster**)
- Richterliche Anordnung 102
- Tatverdacht 103

Durchsuchung von Verteidigern 919

Eigene Ermittlungen des Verteidigers 37 ff.

- Anschreiben an Zeugen 44 (**Muster**)
- Beauftragung eines Detektivs 55, 56 (**Muster**)
- Beauftragung eines Sachverständigen 39, 45 ff.
- Tatortbesichtigung 39
- Zeugenbefragung 39, 40 ff.
- Zulässigkeit 37

Eigene Sachkunde des Gerichts 422, 459 f.

Einlassung

- Beratung durch den Verteidiger 270 ff.
- in der Hauptverhandlung 359 ff.
- Inhalt 273
- Teileinlassung 255
- Verteidigerschriftsatz 259 ff.
- Vertretung durch den Verteidiger in der Hauptverhandlung 364 ff.
- Vorbereitung 249 f.
- Zeitpunkt 35, 256 f.

Einlegung

- Berufung 507, 518, 518 f. (**Muster**)
- Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid 580, 581 (**Muster**)
- Einspruch gegen einen Strafbefehl 197 ff. (u.a. **Muster**)
- Rechtsbeschwerde 636 ff. (u.a. **Muster**)
- Revision 522 ff. (u.a. **Muster**)

Einspruch gegen Bußgeldbescheid

- Begründung 580
- Beschränkung 582
- Form 580, 581 (**Muster**)
- Frist 580
- Rücknahme 583
- Übergang in das Strafverfahren 616 ff.

Einspruch gegen Strafbefehl

- Begründung 202
- Beschränkung 203 f.
- Form 197, 198 (**Muster**)
- Frist 199
- Kein Verbot der Schlechterstellung 195
- Rücknahme 213 ff.
- Wiedereinsetzung bei Versäumung der Einspruchsfrist 200, 201 (**Muster**)

Einstellung des Verfahrens

- Allgemeines 70, 71
- Beseitigung des öffentlichen Interesses 87

Stichwortverzeichnis

- Erfüllung von Auflagen **87, 90 (Muster), 91 (Muster)**
- Geringe Schuld **78 (Muster), 83 (Muster)**
- Mangelndes öffentliches Interesse **80, 87**
- Bei Ordnungswidrigkeiten **555 ff. s.a. Opportunitätsgrundsatz**
- Mangels Tatverdachts **72, 73 (Muster)**
- Nach § 153 StPO **74 ff.**
- Nach § 153a StPO **84 ff.**
- Nach § 170 Abs. 2 StPO **72 f.**
- Schuldfeststellung **85, 86**
- Täter-Opfer-Ausgleich **83**
- Unschuldsvermutung **82, 86**
- Unterschiede zwischen § 153 StPO und § 153a StPO **85, 86**
- Vergehen **76, 85**
- Zustimmung **81, 85**
- Zweistufigkeit des Verfahrens **89**
- Einwand**
- Der Unzuständigkeit des Gerichts **305 ff.**
- Der Unzuständigkeit der Verwaltungsbehörde oder des Gerichts im Ordnungswidrigkeitenverfahren **623, 624**
- Einzeltätigkeiten**
- In Bußgeldsachen **1177 ff.**
- Entschädigung 926 ff.**
- Entziehung der Fahrerlaubnis 114 ff. 677 ff.**
- Ausnahmen **118, 688 ff. (u.a. Muster)**
- Dringende Prognose **116**
- Endgültige ~ **683 f.**
- Hauptverhandlung **354, 683 f.**
- Muster (Beschwerde) **118**
- Rechtsbehelfe **116 f., 691 f.**
- Vorläufige ~ **114 ff., 677 ff.**
- Widerspruch gegen Führerscheinbeschlagnahme **117**
- Erforschung der Wahrheit**
- Aufklärungspflicht des Gerichts **376, 601**
- Erkennungsdienstliche Maßnahmen 127 ff.**
- Beschuldigtenstatus **129**
- Für strafrechtliche Ermittlungshandlungen **128**
- Für Zwecke des Ermittlungsdienstes (Polizeirecht) **128, 132, 135**
- Rechtsbehelfe **134**
- Erklärungsrechte**
- Des Angeklagten **367**
- Des Verteidigers **367**
- Ermittlungsverfahren**
- Akteneinsicht *s. dort*
- Auswahl eines Sachverständigen *s. dort*
- eigene Ermittlungen des Verteidigers *s. dort*
- Einstellung des Verfahrens *s. dort*
- Entziehung der Fahrerlaubnis *s. dort*
- Verteidigung gegen Zwangsmaßnahmen *s. dort*
- Eröffnungsbeschluss**
- Fehlender ~ **242 f.**
- Erstattung von Kosten**
- Eines Detektivs **55**
- Eines Sachverständigen **51, 465**
- Erstes Mandantengespräch 18 ff.**
- Nach polizeilicher Vorladung **21 ff.**
- Nach staatsanwaltlicher Vorladung **24**
- Nach richterlicher Vorladung **25**
- Erwiesensein einer Beweistatsache 417**
- EU-Fahrerlaubnis 748**

Stichwortverzeichnis

- Fahren ohne Fahrerlaubnis** 747 ff.
- Fahrerlaubnis, Entziehung der**
s. dort
- Fahrerlaubnisklassen, Ausnahme von der Sperre für bestimmte** 688, 689 (Muster)
- Fahrlässige Körperverletzung** 789 ff., 797 (Muster)
- Bußgeldverfahren 618
 - Verfahrenseinstellung 82, 84, 90
 - Verkehrsstrafverfahren 742 ff.
- Fahrlässige Straßenverkehrsgefährdung** 723
- Fahrlässige Tötung (im Straßenverkehr)** 742 ff.
- Fahrverbot**
- Beschränkung bei Einspruch im Strafbefehlsverfahren 169
 - Beschränkung bei Berufung 512
- Fahrverbot im Ordnungswidrigkeitenrecht** 647 ff.
- Absehen bei Minderung des Erfolgsunwerts 656 ff.
 - Absehen bei Minderung des Handlungsunwerts 649 ff.
 - Absehen bei Zeitablauf 664
 - Beharrlicher Pflichtenverstoß 647
 - Augenblicksversagen 647, 649
 - Bei Alkohol- und Drogenfahrten 659 f.
 - Grobe Pflichtwidrigkeit 647 ff.
 - Härtefälle 665 ff.
 - Regelfahrverbot 647
- Fahrzeughalter**
s. Halter
- Familiäre Bindungen** 151 f.
- Flucht** 143 ff.
- Begriff 143
 - Fluchtgefahr 149
- Fluchtgefahr** 150 ff.
- Außervollzugsetzung
s. Außervollzugsetzung des Haftbefehls
 - Bei Jugendlichen 892
- Begriff 150
 - Gründe gegen die Annahme von ~ 152
 - Hohe Straferwartung 153 f.
 - Verschiebung des Strafrahmens 155
- Fortbildung des Rechts**
- Zulassung der Rechtsbeschwerde 478 ff.
- Fragerecht des Verteidigers**
- Beachtung von Sprachgesetzen 448
 - Befragungstechnik 444 ff.
 - Befragung eines Polizeibeamten 454
 - Entziehung des ~ 354
 - Reihenfolge der Befragung 445, 446
 - ohne Behinderung ausgeführtes ~ 444
 - ohne Unterbrechung ausgeübt ~ 451
- Vernehmungsstil** 447, 450
- Zurückweisung von Fragen 452
- Freibeweisverfahren** 371
- Freiheitsstrafe**
- „Therapie statt Strafe“ 829 ff.
- Freispruchverteidigung**
- Des schuldigen Mandanten 34, 479
- Frist**
- Für Ablehnungsgesuch 264, 275
 - Berufungseinlegung 395
 - Einspruch gegen Bußgeldbescheid 450
 - Einspruch gegen Strafbefehl 167
 - Haftprüfung 145, 148
 - Rechtsbeschwerdebegründung 483
 - Rechtsbeschwerdeeinlegung 482
- „Früherkennung richterlicher Überzeugungsbildung“** 305
- Führen eines Fahrzeugs** 694 f.

Führerschein 114, 118, 677

„Führerscheintourismus“ 748

Gebühren

- Im Berufungsverfahren 1057ff.
- In Bußgeldsachen 1135ff.
- Einzeltätigkeiten 1126ff.
- Des Pflichtverteidigers 957ff.
- Im Privatklageverfahren 1109ff.
- In der Strafvollstreckung 1114 ff.
- Im Rechtsbeschwerdeverfahren 1168ff.
- Im Revisionsverfahren 1067ff.
- Bei Verbindung und Trennung von Verfahren 1003ff.
- In Verfahren vor der Verwaltungsbehörde 1154ff.
- Bei Verweisung und Zurückverweisung 1008f.
- Im Wiederaufnahmeverfahren 1077ff.

Gefahr im Verzuge

- Bei Blutprobenentnahmen 125
- Bei Durchsuchungen 102

Gefährdung des Straßenverkehrs

- Alkohol 716
- Ausfallerscheinungen 703 ff.
- Drogen 715 f.
- Fahrlässigkeit 723
- Grobe Verkehrswidrigkeit 719 f.
- Konkrete Gefahr 722
- Rücksichtslosigkeit 721
- Übermüdung 717

Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr 724 ff.**Gefährliche Körperverletzung**

- 768 ff.
- Begehung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung 777 ff.
- Gefährliches Werkzeug 770 ff., 774 (Muster)
- Gemeinschaftliche Tabebegung 775 f.
- Strafzumessung 781 ff.

Gerichtsbesetzung*s. Besetzungsrüge***Geständnis**

- Beweisverwertungsverbot 266 ff.
- In der Hauptverhandlung 260, 265, 369
- Strafmildernde Wirkung 482
- Verständigung im Strafverfahren 322

Gewaltdelikte, Verteidigung bei 751 ff.**Glaubwürdigkeit 422, 455 ff., 480****Grundgebühr 1010 ff.**

- In Strafsachen 1010 ff.
- In Bußgeldsachen 1135 ff., 1151

Gutachten 48, 459 ff.**Gutachter***s. Sachverständiger***Haftbefehl**

- Anfechtung 176 ff., 182 ff., 189 f.
- Außervollzugsetzung

s. dort

- Dringender Tatverdacht

s. dort

- Haftgründe

s. dort

- Haftprüfung

s. dort

- Notwendiger Inhalt 142

- Strafrechtsentschädigung 942

Haftbeschwerde

- Keine Fristbindung 184
- Haftprüfung oder ~ 186 ff.
- Mündliche Verhandlung 185
- Muster 191
- Vorrang der Haftprüfung 183
- Weitere Beschwerde 189 f.
- Zulässigkeit 182

Haftgründe

- Bestimmte Tatsachen 142
- Flucht

s. dort

Stichwortverzeichnis

- Fluchtgefahr
s. dort
- Tatschwere
s. dort
- Verdunkelungsgefahr
s. dort
- Wiederholungsgefahr
s. dort
- Haftprüfung**
 - Antrag **178 ff., 181 (Muster)**
 - Haftbeschwerde oder ~ **186 ff.**
 - Jederzeitige ~ **176**
 - Mündliche Verhandlung **149**
 - „Präsentation“ von Zeugen in der mündlichen Verhandlung **141**
 - Zeitpunkt **148**
 - Zulässigkeit **145**
 - Zuständigkeit des Richters **146**
- Haftverfahren**
 - Allgemeines **136 ff.**
 - Jugendstrafverfahren **885 ff.**
- Haftverschonung**
s. Außervollzugsetzung des Haftbefehls
- Haftzuschlag**
 - In Bußgeldsachen **1143**
 - In Strafsachen **988 ff.**
- Halter 569, 627**
- Handeltreiben mit Betäubungsmittel 822**
- Harte Droge 823**
- Hauptverhandlung**
 - Ablauf **348 f.**
 - Beginn **384**
 - Berufungsinstanz **399 ff.**
 - Beweisaufnahme **368 ff.**
 - Inbegriff der ~ **478**
 - Schlussvortrag **468 ff.**
 - Vernehmung des Angeklagten zur Person **357 f.**
 - Vernehmung des Angeklagten zur Sache **359 ff.**
 - Vernehmung von Zeugen **439 ff.**
- Verteidiger und Sachverständiger **459 ff.**
- Vertretung des Angeklagten **208 ff., 351, 353**
- Vorbereitung
s. Vorbereitung der Hauptverhandlung
- Hauptverhandlung im Owi-Verfahren**
 - Ablehnung von Beweisanträgen **601 ff.**
 - Abwesenheit des Betroffenen **595 ff.**
 - Anwesenheitspflicht des Betroffenen **594**
 - Anordnung einzelner Beweiserhebungen **459**
 - Beschlussverfahren
s. dort
 - Übergang in das Strafverfahren **616 ff.**
 - vereinfachte Beweisaufnahme **611**
 - Verfahrenseinstellung **555 ff.**
 - Vertretung durch den Verteidiger **598**
- Hauptverhandlungshaftbefehl 176**
- Hauptverhandlungsplan 250**
- Hauptverhandlung, Vorbereitung auf die**
s. dort
- Heranwachsende 866 ff.**
- Hilfsbeweis Antrag 425 ff.**
 - Ablehnung wegen Verschleppungsabsicht **431**
 - Bescheidung vor Urteilsverkündung **430 f.**
 - Muster **426, 428, 429**
 - Im Schlussvortrag **485**
 - Unzulässiger ~ **428 f.**
- Information des Mandanten**
 - Bei jugendlichen Mandanten **854 ff.**
 - Pflicht des Verteidigers **66**

Informatorische Befragung eines Beschuldigten 266

Jugendliche 863

Jugendarrest 875

Jugendgerichtshilfe 852 ff.

Jugendrichter

– Vollstreckungsleiter 915

Jugendstrafe 876 ff.

– Aussetzung der Verhängung 883

– Bewährung 880 ff., 884 (Muster)

– Schädliche Neigungen 877 f.

– Schwere der Schuld 879

Jugendstrafverfahren, Verteidigung im

– Bewährung, Strafaussetzung zur 880 ff. (u.a. Muster)

– Bewährungshelfer 869

– Einstellung 869

– Elternrolle 857

– Erziehungsgedanke 851

– Erziehungsmaßregeln 874

– Jugendstrafe 876 ff.

– Haftverfahren 915

– Heranwachsende 866 ff., 870

– Jugendarrest 875

– Jugendtypische Verfehlung Heranwachsender 867, 872

– Kosten 861

– Maßregeln der Besserung und Sicherung 905

– Neigungen, schädliche 877 f.

– Pflichtverteidigung 894 ff., 898 (Muster)

– Rechtsmittel 899 ff.

– Schwere der Schuld 879

– Schädlich Neigungen 877 ff.

– Strafzumessung 873, 876, 884

– Täter-Opfer-Ausgleich 763 f.

– Untersuchungshaft 885 ff.

– Verantwortungsreife 863

– Zuchtmittel 875

Juristische Person, Anhörungsbogen an 627

Kennzeichenanzeige 569, 627

Konfliktverteidigung 225

Körperliche Untersuchung

– Anordnungsbefugnis 125

– Blutprobenentnahme 120 ff.

– Rechtsbehelfe 126

– Unverwertbarkeit von Angaben des Beschuldigten 123 f.

– Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 125

Körperverletzungsdelikte

– Alkoholisierung des Täters 765 ff.

– Einfache Körperverletzung 753 ff.

– Fahrlässige Körperverletzung 742 ff., 789 ff., 797 (Muster)

– Gefährliche Körperverletzung 768 ff., 774 (Muster)

– Mittelbare Folgen bei Verurteilung 800 f.

– Schwere Körperverletzung 785 ff.

– Strafantrag 757

– Täter-Opfer-Ausgleich 757 ff. (u.a. Muster)

Kommissarische Vernehmung

– Des Betroffenen im Owi-Verfahren 597

Konfliktlagen

s. Ablehnung, Befangenheit

– „Besorgnis der Befangenheit“ bei einem Richter 327 ff.

– Besorgnis der Befangenheit bei einem Sachverständigen 342 ff.

– Recht auf Ablehnung 328

Kontaktaufnahme des Verteidigers

– Mit in Haft befindlichen Mandanten 885, 919

– Zu anderen Verfahrensbeteiligten 59, 72, 82

– Zu einem Detektiv 55 ff.

– Zu Sachverständigen 45 ff.

– Zu Zeugen 40 ff. 44 (Muster)

Kosten 962 ff.

Kostenfestsetzung 974 ff.

– Für den Pflichtverteidiger 984 f.

Stichwortverzeichnis

- Für den Wahlverteidiger 982 f.
- Zuständigkeit 976
- Kostengrundscheidung 968 ff.**
- Kronzeugen, Verteidigung gegen 837 ff.**
- Ladung**
 - Durch den Gerichtsvollzieher 277, 280 f. (Muster)
 - Von Zeugen und Sachverständigen durch den Verteidiger 276 ff., 280 (Muster)
- Ladung des Beschuldigten**
 - Im beschleunigten Verfahren 224
 - Zum Hauptverhandlungstermin 30
 - Zur polizeilichen Vernehmung 21
 - Zur richterlichen Vernehmung 25
 - Zur staatsanwaltschaftlichen Vernehmung 24
- Ladungsfrist**
 - Aussetzungsantrag bei Nichteinhaltung 316 (Muster)
 - Für den Verteidiger 315, 316
 - Im beschleunigten Verfahren 224
 - Mindestfrist 313
- Längenzuschlag 1041 ff.**
 - In Bußgeldsachen 1144
- „Lebensführungsschuld“ 487**
- Lügeverbot 275**
- Mängel**
 - Des Bußgeldbescheides 576 ff.
 - Von Anklage und Eröffnungsbeschluss 242 f.
- Mandant und Verteidiger**
 - Bei Pflichtverteidigung 287 f.
 - Beratung 18 ff.
 - Beratung bei Vorbereitung der Hauptverhandlung 253 ff.
 - Beratungsgesichtspunkte in Betäubungsmittelverfahren 802 ff.
 - Beratungsgesichtspunkte in Jugendstrafverfahren 854 ff.
- Beratungsgesichtspunkte im Strafbefehlsverfahren 195
- Mandat**
 - Annahme 10 ff.
 - Form der Übernahme 11
 - Geschäftsbesorgungsvertrag 10
 - Niederlegung 17
 - Vertrauensverhältnis 34, 286, 855
 - Vollmacht 12, 13 (Muster)
 - Wechsel 15, 16 (Muster)
- Maßregeln der Besserung und Sicherung 517, 683 ff.**
- Mehrfachverteidigung 14**
- Meldeauflagen bei Außervollziehung des Haftbefehls 170**
- Messprotokoll, Akteneinsicht im OWi-Verfahren 567**
- Mittelgebühr 950 ff.**
- Mitwirkungspflichten des Verteidigers 3, 304 ff.**
- MPU 841 ff.**
- Mündliche Verhandlung bei Haftprüfung 178 ff., 181 (s.a. Muster)**
- »Nachbesserung« der Anklageschrift 243**
- Nachschulung 686**
- Nachtatverhalten 493**
- Nachtrunk 699 ff.**
- Nebenklage**
 - Bei Übergang in das Strafverfahren 620
 - Vergleich zwischen Verteidigung und ~ 319
 - Verzicht auf Strafantrag 319
- Negativtatsache 391**
 - Bei Sachverständigenbeweis 400
- „Nicht geringe Menge“ von Betäubungsmitteln 825**
- Niederlegung des Mandats**
 - Aus Kostengründen 17
- Notwendige Auslagen 962 ff.**
- Notwendige Verteidigung**
 - s. Pflichtverteidiger*

- Offener Vollzug 923 ff., 925 (Muster)**
- Öffentliche Verkehrsfläche 727**
- Öffentliches Interesse 85, 87**
- Offenkundige Tatsache 415**
- OLG**
- Weitere Beschwerde im Haftverfahren **189 f.**
- Opportunitätsprinzip**
- Kosten- und Auslagenentscheidung **82, 560**
 - Pflichtgemäßes Ermessen der Verwaltungsbehörde **555**
 - Unanfechtbarkeit des Einstellungsbeschlusses **559**
 - Zustimmung der Staatsanwaltschaft **556**
- Ordnungswidrigkeiten**
- Akteneinsicht **565 ff., 568 (Muster)**
 - Anhörung des Betroffenen **570**
 - Anhörungsbogen **627 f.**
 - Aussagefreiheit des Betroffenen **570**
 - Beweisanträge **601 ff.**
 - Beweisaufnahme (vereinfachte) **611 f.**
 - Bußgeldbescheid
s. dort
 - Einspruch
s. dort
 - Einstellung durch das Gericht **556**
 - Einstellung durch die Verwaltungsbehörde **555, 564 (Muster: Antrag auf Verfahrenseinstellung)**
 - Einstellungsgründe **562 f.**
 - Gebühren **1135 ff.**
 - Hauptverfahren **584 ff.**
 - Opportunitätsprinzip
s. dort
 - Rechtsbeschwerde
s. dort
 - Übergang in das Strafverfahren **616 ff.**
 - Urteilsbegründung **613 f.**
 - Verfahren vor der Verwaltungsbehörde **565 ff.**
 - Verfahrensvereinfachungen **610 ff.**
 - Verfahrenseinstellung **564 (Muster)**
 - Verfolgungshindernisse
s. dort
 - Verjährung von Verkehrsordnungswidrigkeiten **625 ff.**
 - Verschulden der Verwaltungsbehörde **572**
 - Wiedereinsetzung im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde **571 ff. (u.a. Muster)**
 - Zulassungsbeschwerde
s. dort
- Organ der Rechtspflege 4**
- Originalakten 66**
- Pauschgebühr 955**
- Persönliche Verhältnisse eines Angeklagten**
- Identitätsfeststellung **357**
 - Weitere ~ **358**
- Pflichtverteidiger**
- Antrag auf Beiordnung **284, 285 (Muster)**
 - Auswärtiger Verteidiger **286**
 - Auswahl **286**
 - Beiordnung im beschleunigten Verfahren **299 f.**
 - Beiordnung im Ermittlungsverfahren **282**
 - Beiordnung im Ordnungswidrigkeitenverfahren **301**
 - Beiordnung im Strafbefehlsverfahren **302**
 - Entpflichtung **287 f.**
 - Im Jugendstrafverfahren **894 ff., 898 (Muster)**
 - Im Strafvollstreckungsverfahren **909**

Stichwortverzeichnis

- Niederlegung eines Wahlverteidigermandates **283**
- Schwere der Tat **292 f.**
- Schwierigkeit der Rechtslage **294 f.**
- Schwierigkeit der Sachlage **294**
- Umfang der Beiordnung **290**
- Untersuchungshaft **282**
- Verteidigungsunfähigkeit des Angeklagten **296 ff., 298 (Muster)**
- Vertrauensverhältnis **287**
- Vorverfahren **282**
- Plädoyer**
- Adressat **472**
- Anredeformel **472**
- Antrag **470, 487**
- Aussage gegen Aussage **481**
- Bedeutung **469**
- Beweiswürdigung **478 ff.**
- Form **472 ff.**
- Freie Rede **473**
- Bei Freispruch **484**
- Bei Geständnis des Angeklagten **482**
- Gliederung **473**
- Hilfsbeweis Antrag im Plädoyer **485**
- Inhalt **478 ff.**
- Länge **475**
- Privaterkenntnisse des Verteidigers **478**
- Rechtsfragen im ~ **483**
- Reihenfolge **468**
- Rhetorik **476**
- Strafzumessung **486 ff.**
s. a. Strafzumessungsverteidigung
- Vorbereitung **471**
- Zeugenaussagen **480 f.**
- Plan für die Hauptverhandlung** **249 f.**
- Polizeibeamter als Zeuge** **454**
- Polizeiliche Vernehmungen**
- Kein Anwesenheitsrecht des Verteidigers **21**
- Aussagefreiheit **21**
- Belehrungspflichten **266 ff.**
- Verwertungsverbote von Aussagen **266 ff.**
- verbotene Vernehmungsmethoden **268**
- Präsente Beweismittel** **277 ff.**
- Privaterkenntnisse des Verteidigers** **478**
- Protokollrüge** **547**
- Prozesshindernisse** **187**
s. a. Verfahrenshindernisse, Verfolgungshindernisse
- Prozessverschleppung** **419, 431, 467 ff.**
- Qualifizierte Rechtsmittelbelehrung** **324**
- Rechtsanwaltsvergütung**
- Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens **1045**
- Adhäsionsverfahren **1099 ff.**
- Auslagen **1182 ff.**
- Befriedungsgebühr **997 ff., 1145 ff.**
- Berufungsverfahren **1057 ff.**
- Verfahrensgebühr **1057 f.**
- Terminsgebühr **1059**
- Bußgeldsachen **1135 ff.**
- Einziehung und verwandte Maßnahmen **1173 ff.**
- Einzeltätigkeiten **1177 ff.**
- Gerichtliches Verfahren im ersten Rechtszug **1162 ff.**
- Grundgebühr **1151**
- Rechtsbeschwerde **1168 ff.**
- Verfahren vor der Verwaltungsbehörde **1154 ff.**
- Einzeltätigkeiten **1126 ff.**
- Einziehung und verwandte Maßnahmen **1087 ff., 1173 ff.**
- Grundgebühr **1010 ff.**
- Haftzuschlag **988 ff., 1143**
- Höchstgebühr **952**
- Kopien **1184**

- Kostengrundscheidungsentscheidung 968 ff.
- Kostenfestsetzung 974 ff.
- Kostentragung 963 ff.
- Längenzuschlag 994 ff., 1144
- Mindestgebühr 952
- Mittelgebühr 950 ff.
- Oberlandesgericht, Verfahrensgebühr 1051 ff.
- Ordnungswidrigkeitenverfahren
s. Bußgeldsachen
- Pauschgebühr 955 f.
- Post- und Telekommunikationsauslagen 1185
- Privatklageverfahren 1109 ff.
- Rechtsbeschwerde 1168 ff.
- Reisekosten 1186 ff.
- Revisionsverfahren 1067 ff.
- Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit 947, 955, 958
- Strafkammer, Verfahrensgebühr 1046 ff.
- Strafvollstreckung, Gebühren in der 1114 ff.
- Terminsgebühr 1018 ff., 1034 ff.
- Außerhalb der Hauptverhandlung 1018 ff.
- Im ersten Rechtszug 1034 ff.
- Umfang der anwaltlichen Tätigkeit 947, 955, 958, 1185
- Umsatzsteuer 1192
- Verfahrensgebühr 1025 ff., 1032 ff.
- Im vorbereitenden Verfahren 1025 ff.
- Im ersten Rechtszug 1032 ff.
- Verfahrenstrennung, Gebühren bei 1003 ff.
- Verfahrensverbund, Gebühren bei 1003 ff.
- Verweisung/Zurückverweisung 1008 f., 1150
- Wiederaufnahme 1077 ff.
- Zurückverweisung 1008 f., 1150
- Rechtsausführungen des Verteidigers im Plädoyer 483**
- Begründung 642 ff., 646 (Muster)
- Begründungsfrist 637
- Beschränkung 642
- Einlegung 638 ff. 640 (Muster)
- Einlegungsfrist 636
- Fortbildung des Rechts 633
- Gebühren 1168 ff.
- Sachrüge 646 (Muster)
- Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung 633
- Verfahrensrüge 646 (Muster)
- Zulässigkeit 630 f.
- Zulassungsbeschwerde 632 ff.
s. a. dort
- Rechtsmittel**
- Allgemeines 498 ff.
- Berufung
s. dort
- Beschlagnahme
s. dort
- Beschwerde 505
- Durchsuchung
s. dort
- Rechtsbeschwerde
s. dort
- Revision
s. dort
- Sprungrevision 221, 526 ff.
- Rechtsschutz gegen vollzogene Zwangsmaßnahmen 111**
- Regelvermutung für Ungeeignetheit 674**
- Referendar, Beiordnung als Pflichtverteidiger 282**
- Reifebeurteilung 863 ff.**
- Reisekosten des Verteidigers 431, 455, 1186 ff.**
- Revision**
- Absolute Revisionsgründe 548
- Anträge 530 ff., 539, 551 (Muster)
- Begründungsfrist 530
- Beruhensfrage 550
- Beschränkung 535 ff. (u.a. Muster)
- Einlegung 525 (Muster)

Stichwortverzeichnis

- Einlegungsfrist 522
- Form der Begründung 417 ff. (u.a. **Muster**)
- Form der Einlegung 523 f., 525 (**Muster**)
- Pflichtverteidigung 290
- relative Revisionsgründe 549 f.
- Sachrüge 541 ff. (u.a. **Muster**)
- Verfahrensrüge 545 ff. (u.a. **Muster**)
- Richterliche Protokolle** 265, 611
- Risiken**
- Bei Sachverständigenbegutachtung 50 f.
- Bei Verfahrenseinstellung wegen geringer Schuld 82
- Rücknahme**
- Einspruch
s. dort
- Des Strafantrags durch den Nebenkläger 319
- Rügeverlust** 303, 315
- Sachbeweise, Sicherung von** 47
- Sachkunde des Gerichts, eigene** 422, 459
- Sachrüge, allgemeine** 542 ff. (u.a. **Muster**)
- Sachverhaltsfestschreibung** 383
- Sachverständigenbeweis** 459 ff., 865, 870
- Sachverständiger**
- Ablehnung 341 ff., 467
- Auswahl 45
- Beauftragung durch einen Verteidiger 45 ff.
- Befangenheit 341 ff.
- Befragung durch den Verteidiger 466
- Begriff 459
- Beweisantrag 461 f.
- Gutachten 48, 464
- Selbstladung durch den Verteidiger 276 ff.
- Weiterer ~ 461
- Sachverständiger Zeuge** 467
- Schadenswiedergutmachung** 87, 494
- Schlussvortrag**
s. Plädoyer
- Schuldfähigkeit, erheblich verminderte** 738, 765 ff., 833 ff., 836 (**Muster**)
- Schutzschrift** 238
- Schweigen des Angeklagten**
- Belastung durch frühere Aussage 265
- Beweiswürdigung 254 f.
- Fallkonstellationen 262 f.
- „Sacheinlassung trotz Schweigens“ 263
- Teilweises ~ 255
- Vollständiges ~ 254
- Schweigerecht des Beschuldigten** 35, 253 ff.
- Selbstladung durch den Verteidiger**
- Beweisantrag 277, 373 f.
- Entschädigung für Zeugen und Sachverständige 278 f.
- förmliche Ladung durch Gerichtsvollzieher 277, 280 f. (**Muster**)
- Ladungsschreiben 281 (**Muster**)
- Präsentation von Beweispersonen in der Hauptverhandlung 373 ff.
- Recht auf ~ 276
- Sicherheitsleistung** 171
- Sofortige Beschwerde**
- Im Strafbefehlsverfahren 218, 219 (**Muster**)
- Im Strafrechtsentschädigungsverfahren 940
- Sperrfrist für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis** 354, 674, 683 f.
- Ausnahmen von der ~ 688 ff. (u.a. **Muster**)
- Sperrfristverkürzung, nachträglich** 685 ff. (u.a. **Muster**)

- Sprungrevision** 509, 526 ff.
- Spurenakten** 63
- Strafantrag** 319, 618, 743, 757
- Strafbefehl**
 - Antrag der Staatsanwaltschaft auf Erlass eines 232
 - Anwendungsbereich 193 f.
 - Begründung des Einspruchs 202
 - Beratung des Verteidigers 195
 - Beschränkung des Einspruchs 203 f.
 - Beweisaufnahme 205 ff.
 - Einschränkung des Beweisantragsrechts 206 f.
 - Einspruchseinlegung 197, 198 (Muster)
 - Einspruchsfrist 199
 - Form des Einspruchs 197
 - Rechtsmittel 217 ff.
 - Gegen Sachurteil 221
 - Gegen Verwerfungsurteil 222
 - Rücknahme des Einspruchs 213 ff.
 - Sofortige Beschwerde 218, 219 (Muster)
 - Unwirksamkeit der Einspruchsbeschränkung 204
 - Verschlechterungsverbot 195
 - Vertretung durch den Verteidiger in der Hauptverhandlung 210 ff.
 - Versäumung der Einspruchsfrist 200, 201 (Muster)
 - Wiedereinsetzung 201, 222, 223 (Muster)
- Strafrechtsentschädigung**
 - Allgemeines 926
 - Anspruch auf 927
 - Anspruchsberechtigte 928
 - Anspruchshöhe 941 ff.
 - Antrag 926, 939
 - Ausschlussgründe 930 ff.
 - Betragsverfahren 941 ff.
 - Billigkeit, Entschädigung nach 936 f.
 - Entziehung der Fahrerlaubnis 944
 - Fristen 939, 940, 941
 - Grundentscheidung 938
 - Immaterieller Schaden 942
 - Materieller Schaden 943
 - Untersuchungshaft 942
 - Vermögensschäden 943 ff.
 - Versagungsgründe 934 f.
- Strafklageverbrauch** 240
- Strafmilderung** 153 ff., 487, 761, 765 ff., 833 ff.
- Strafprozessvollmacht** 13 (Muster)
- Strafregisterauszug** 63
- Strafverteidiger**
 - Pflichten 3, 4
 - Rechte 4, 37 ff.
- Strafzumessungsverteidigung**
 - Beweggründe und Ziel 488
 - Doppelverwertungsverbot 497, 783
 - Gesinnung 489
 - „Lebensführungsschuld“ 487
 - Nachtatverhalten 493
 - Schadenswiedergutmachung 494, 875
 - Strafraumenwahl 487
 - Tatfolgen 490
 - Verfahrensverzögerung 495
 - vertyppte Strafmilderungsgründe 487
 - Vorrang der Geldstrafe 496
 - Vorstrafen 363, 491
- Strafvollstreckung**
 - Gebühren 908, 114 ff.
- Strafvollstreckungskammer** 912
- Strafvollzug**
 - Gebühren des Verteidigers 908
 - Gericht des ersten Rechtszugs 914
 - Jugendrichter 915
 - Offener Vollzug 923 ff., 925 (Muster)
 - Pflichtverteidigung 909
 - Resozialisierungsgedanke 916
 - Schriftverkehr zwischen Verteidiger und Mandant 920

Stichwortverzeichnis

- Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde **911**
- Vollzugsgrundsätze **917**
- Vollzugsplan **922**
- Zuständigkeiten **911 ff.**
- Straßenverkehrsdelikte**
- Fahrlässige Körperverletzung **742 ff.**
- Fahren ohne Fahrerlaubnis **747 ff.**
- Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr **724 ff.**
- Nötigung **740 ff.**
- Straßenverkehrsgefährdung **714 ff.**
- Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort **727 ff.**
- Vollrausch **738 f.**
- Strengbeweisverfahren 369**
- Täter-Opfer-Ausgleich 92 ff., 757 ff., 874**
- Tage- und Abwesenheitsgeld 1190 ff.**
- Tatfolgen 80, 490**
- Tatortbesichtigung 39**
- Tatschwere 161 ff.**
- Außervollzugsetzung des Haftbefehls **163, 173**
- Verhältnismäßigkeitsgebot **161**
- Tatverdacht**
- Dringender ~ **140 ff., 891**
- Hinreichender ~ **85, 195, 232**
- Tatzeit-BAK 700**
- Teileinlassung/Teilschweigen 255**
- Teilnahme des Verteidigers**
- An Durchsuchungen **100**
- An polizeilichen Vernehmungen **21**
- An richterlichen Vernehmungen **25**
- An staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen **24**
- Telefax, Rechtsmitteleinlegung**
- Berufung **507**
- Ordnungswidrigkeitenverfahren **580**
- Revision **523**
- Strafbefehlsverfahren **197**
- Telefonische Rechtsmitteleinlegung**
- Im Ordnungswidrigkeitenverfahren **580**
- Terminsgebühr**
- Außerhalb der Hauptverhandlung **1018 ff.**
- In Bußgeldsachen vor dem AG **1163 ff.**
- Im ersten Rechtszug vor dem LG **1047 ff.**
- Im ersten Rechtszug vor dem OLG, Schwurgericht, LG (§§ 74a, 74c GVG) **1053 f.**
- Im Berufungsverfahren **1059, 1061 ff.**
- Im Revisionsverfahren **1070**
- Therapie 828 ff.**
- »Todsünden« des Kraftfahrers **114, 718 ff.**
- Trunkenheit im Verkehr 693 ff.**
- Übergang in das Strafverfahren 616 ff.**
- Umfang der Beweisaufnahme**
- Im beschleunigten Verfahren **224, 228**
- Im Ordnungswidrigkeitenverfahren **601 ff., 611**
- Im Strafbefehlsverfahren **205 ff.**
- Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort 727 ff.**
- Bedeutender Fremdschaden **732 f.**
- Feststellungsinteresse **729 ff.**
- Vorsatz **734 ff. (u.a. Muster)**
- Unerreichbares Beweismittel 420**
- Ungeeignetes Beweismittel 418**
- Ungeeignete Fragen 451**
- Unschuldsvermutung 5, 82, 86, 136**

Unterbrechung der Verjährung

s. Verjährungsunterbrechung

„Unterlassungssünden“ des Verteidigers 233, 303 ff., 360 ff.

Untersuchungshaft

– Außervollzugsetzung des Haftbefehls

s. dort

– Bei Jugendlichen 885 ff.

– Beratung/Betreuung des Mandanten 137 f.

– Dringender Tatverdacht 140 ff.

s. dort

– Haftbeschwerde

s. dort

– Haftgründe

s. dort

– Haftprüfung

s. dort

– Mandatsannahme 137

– Voraussetzungen 139

Untervollmacht 14**Unwirksamkeit**

– Der Anklage 242

– Des Bußgeldbescheides 577 f.

Unzulässige Beweiserhebung 414**Unzulässige Fragen 453****Unzuständigkeit**

– Des Gerichts 305 ff.

– der Verwaltungsbehörde 624

– Einwand der ~ 306 f.

– Verfahrenshindernis 307

Urkundenbeweis 397**Urteilsbegründung im Ordnungswidrigkeitenverfahren 613****Verbindungsaufnahme**

– Mit Sachverständigen 45 ff.

– Mit Staatsanwälten 72, 77, 137

– Mit Zeugen 30 ff.

Verbotene Vernehmungsmethoden 268**Verbrauch der Strafklage 240****Verdunklungsgefahr**

– Außervollzugsetzung

s. Außervollzugsetzung des Haftbefehls

– Begriff 156

– Bewiesene Tatsachen 157

– Einwirken auf Beweismittel 159

– Konkrete Gefahr der Verdunklung 160

– Prozessordnungswidriges Verhalten 158

Vereinfachte Beweisaufnahme

– Im Ordnungswidrigkeitenverfahren 611 ff.

– Im Strafbefehlsverfahren 205 f.

Verfahrensablauf in der Hauptverhandlung

– Abweichungen 349

– Regelmäßiger ~ 348

Verfahrenseinstellung

s. Einstellung des Verfahrens

Verfahrensgebühr

– In Bußgeldsachen vor dem AG 1162 ff.

– Bei Einziehung und verwandten Maßnahmen 1087 ff.

– Vorbereitendes Verfahren 1025 ff.

– Im ersten Rechtszug vor dem AG 1032

– Im ersten Rechtszug vor dem LG 1046 ff.

– Im ersten Rechtszug vor dem OLG, Schwurgericht, LG (§§ 74a, 74c GVG) 1052 f.

– Im Berufungsverfahren 1057 f.

– Im Revisionsverfahren 1069

Verfahrenshindernisse 240**Verfahrensrüge**

– Absolute Revisionsgründe 548

– Anforderungen 545 ff.

– Beruhen des Urteils auf einem Verfahrensverstoß 550

– Protokollrügen 547

Stichwortverzeichnis

- Im Rechtsbeschwerdeverfahren
644 ff. (u.a. **Muster**)
- Relative Revisionsgründe 549
- Verfolgungshindernisse im Ordnungswidrigkeitenverfahren**
623 ff.
- Verfolgungsverjährung im Ordnungswidrigkeitenverfahren**
625 f.
- Vergleich bei Nebenklage** 319
- Vergütungsvereinbarung** 1197
- Verhalten des Mandanten gegenüber der Polizei**
- Verhandlungsunfähigkeit** 240, 371
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz** 97,
108, 132, 137
- Verhinderung**
 - Des Mandanten 350 ff., 594 ff.
 - Des Verteidigers 355
- Verkehrszentralregister** 567
- Verlesung von Vernehmungsprotokollen** 265
- Vernehmung**
 - Von Polizeibeamten 454
 - Von Sachverständigen 464
 - Von Zeugen 444 ff.
- Vernehmung des Angeklagten zur Sache**
 - Äußerung im Zusammenhang
359 ff.
 - Erklärungen durch den Verteidiger
364 ff.
 - Unterbrechung durch den Vorsitzenden
361
 - Verwendung von Notizen 359
 - Vorstrafen 363
- Vernehmungsbeamter** 266 ff.
- Vernehmungstechnik**
 - Fehlerquellen 450
 - Sprachgesetze 448
- Versagung von Akteneinsicht**
 - Durch das Gericht 69
 - Durch die Staatsanwaltschaft 67
 - Rechtsmittel 68 f.
- Versäumung von Rechtsmittelfristen** 503 f., 571 ff., 580
- Verschlechterungsverbot**
 - Im Berufungsverfahren 517
 - Im Strafbefehlsverfahren 195
- Verschleppungsabsicht** 419
- Verschulden**
 - Behördliches 572
 - Des Verteidigers 200 f.
- Verspätung des Verteidigers**
 - In der Hauptverhandlung 356
- Verständigung**
 - s. Absprachen*
- Verteidiger**
 - Anzahl 14
 - Eigene Ermittlungen
s. dort
 - Organ der Rechtspflege 4
 - Rechte 3, 4
 - Pflichten 3, 4, 10
 - Wechsel 15, 16 (**Muster**)
- Verteidiger und Polizeibeamte** 454
- Verteidiger und Sachverständige**
 - Befragung 466
 - Einwirkungsmöglichkeiten auf die
Tätigkeit eines Sachverständigen
462
 - Mitwirkung bei der Bestellung
eines Sachverständigen 463
- Verteidiger und Zeugen** 444 ff.
- Verteidigerschriftsatz**
 - Form 258 ff.
 - Geständnis 260
 - Rechtsprobleme 261
- Verteidigungsstrategie** 247 ff.
- Vertrauensverhältnis** 34, 287, 855
- Vertretungsvollmacht** 13, 210, 596
- Verwaltungsbehörde** 555 ff.
- Verwerfungsurteil** 222 f.
- Verwertbarkeit eines Beweismittels** 265 ff.
- Verwertungsverbot** 266 ff.
- Verwirkung von Verteidigerrechten** 267, 303 ff.

- Vollmacht 12, 13**
s. Strafprozessvollmacht
- Vollrausch 738 f.**
- Vollstreckungsbehörde 911**
- Vorbereitung auf die Hauptverhandlung 246 ff.**
- Vorführungsbefehl gegen den unentschuldig ausgebliebenen Angeklagten 352**
- Vorführungshaftbefehl 352**
- Vorhalt**
 – Förmlicher ~ 443
 – Formloser ~ 442
- Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis**
s. Entziehung der Fahrerlaubnis
- Vorläufige Verfahrenseinstellung 79 f.**
- Vorstrafen 289**
- Wahlverteidigergebühren**
 – Befriedungsgebühr 997 ff.
 – Grundgebühr 1013 ff.
 – Grundsätze 947 ff.
 – Kostenfestsetzung 982
- Wahrunterstellung einer Beweistatsache 421**
- Widerspruch**
 – Gegen das Beschlussverfahren bei Ordnungswidrigkeiten 581, 586 ff.
 – Bei Beweisverwertungsverbot 266 ff., 269 (Muster)
 – Gegen Führerscheinbeschlagnahme 117
- „Widerspruchslösung“ 267**
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand**
 – Form 200 f., 223, 573 (Muster)
 – Frist 164
 – Im Ordnungswidrigkeitenverfahren 571 ff.
 – Im Strafbefehlsverfahren 200 ff., 222 f.
 – Verschulden des Verteidigers 503 f.
- Wiederholungsgefahr 164 ff., 892**
 – Außervollzugsetzung des Haftbefehls 164, 174
 – Mindeststraferwartung 167
 – Serientaten 165
 – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung 164
- Zeuge**
 – Befragung durch den Verteidiger 444 ff.
 – Begriff 395
 – Beratung eines Zeugen 41
 – Als Beweismittel 395
 – Selbstladung 276 ff.
 – Vorhalt 442 f.
 – Zeugenbericht 440
 – Zeugenverhör 441
- Zufallsfund 113**
- Zulassungsbeschwerde**
 – Antrag 639 ff. (u.a. Muster)
 – Form der Einlegung 638 f.
 – Fortbildung des Rechts 633, 635
 – Geldbuße von nicht mehr als 100 € 635
 – Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung 633, 635
 – Versagung des rechtlichen Gehörs 634
 – Voraussetzungen 632 ff.
- Zurückstellung der Strafe bei Betäubungsmittelabhängigkeit 829 ff.**
- Zusatzgebühr 988 ff.**
 – Im Adhäsionsverfahren 1099 ff.
 – In Bußgeldsachen 1173 ff.
 – Im ersten Rechtszug vor dem LG 1049 ff.
 – Im ersten Rechtszug vor dem OLG, Schwurgericht, LG (§§ 74a, 74c GVG) 1055 f.
 – Im Berufungsverfahren 1060
 – Im Revisionsverfahren 1071

Stichwortverzeichnis

Zuständigkeitsrügen

- Funktionelle 305
- Im Ordnungswidrigkeitenverfahren 624
- Örtliche ~ 304, 307, 623

Zustellung

- Einer Anklageschrift 234
- Eines Bußgeldbescheides 629
- Eines Strafbefehls 199 f.
- Eines Urteils 501 ff., 507, 522

Zustellungsvollmacht des Verteidigers 13, 234, 501

Zustimmung im Ordnungswidrigkeitenverfahren

- Der Staatsanwaltschaft zur Verfahrenseinstellung 556
- Zur vereinfachten Beweisaufnahme 611

Zwangmaßnahmen, Verteidigung gegen

- Beschlagnahme 106 ff.
- Durchsuchung 101 ff.

- Entziehung der Fahrerlaubnis, vorläufige 114 ff., 677 ff.

- Erkennungsdienstliche Behandlung 127 ff.

- Körperliche Untersuchungen 119 ff.

Zwischenverfahren

- Beginn 232 f.

- Checkliste 239 f.

- Einwendungen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens 239 ff., 245 (Muster)

- Eröffnungsbeschluss, Fehlen des 242 f.

- Mängel der Anklage 242

- Verfahrens- und Prozesshindernisse 240

- Vorliegen von Rechtfertigungs-, Schuldausschließungs- oder Strafaufhebungsgründen 241

- Vornahme einzelner Beweiserhebungen 237